

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementspreis: 1 Mk inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsassstr. 55-58¹¹¹
Verlag: Otto Süller, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schandau, Auguststraße 8. — Redaktionschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Betlagen nach Obererkenntnis. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Sind die gelben Gewerkschaften unpolitische Vereine? Rundschau. Politische Monatschau. Syndikalismus und Arbeiterbewegung. I. Feudaler und behördlicher Terror. Umkehr. — Allgemeines: Pflichten gegen die Lehrlinge. Zur Lehrlingsfrage in Darmstadt. Die graphischen Gewerkschaften in Dresden. Die oberste Instanz. XII. Die Delegiertenversammlung des schweizerischen Lithographenbundes. — Der Lithograph: Über den Rückgang der Lithographie. Die Berufskrankheiten. — Die photomech. Fächer: Die Schwarzzeiter. — Photograph. Mitarbeiter: Und wiederum die Sonntagsruhe. — Die Tapetenbrande: Ein alter Bekannter. — Feuilleton: Ablieferung. Über eine neue Anwendung der Röntgenstrahlen. Vom Büchertisch. — Anzeigen.

Bekanntmachungen.

Zur gefälligen Beachtung!

An Stelle des als Arbeiterssekretär für Brandenburg angestellten bisherigen Vorsitzenden des Zentralausschusses Kollegen Richard Hiekmann wurde Kollege Friedrich Beine, Dresden 34, Tolkewitzer Straße 88, I gewählt. Alle für den Zentralausschuß bestimmte Beschwerden und sonstige Zuschriften sind nur an obige Adresse zu richten.

Der Zentral-Ausschuß.

Zur gefälligen Beachtung!

Die Statistikkarte für das Reichsstatistische Amt zur Feststellung der Arbeitslosigkeit ging trotz nochmaliger Mahnung gar nicht ein von den Mitgliedschaften Aachen, Eßlingen, Forbach, Frankfurt II, Köln, Königsberg, Lahr, Mühlhausen I. Th., Neurode, Posen, Schramberg und Spremlingen. Von diesen Städten sandten auch schon vom 4. Quartal die Statistikkarte nicht ein Eßlingen, Frankfurt II, Lahr und Neurode; hierbei kommt in Betracht, daß Frankfurt II und Lahr die Tätigkeit als Gauvorstand in Händen haben.

Der Hauptvorstand.

Formstecher, Achtung!

In Eilenburg sind wegen der Lehrlingsfrage Differenzen ausgebrochen. Kein Kollege darf eine Stellung antreten, ohne vorher bei der Gauverwaltung in Leipzig Erkundigung eingezogen zu haben.

Der Hauptvorstand.

An alle Mitgliedschaften,

zu denen Chemigrphen, Kupfer- und Tiefdrucker gehören, sandten wir am 17. April unser Rundschreiben Nr. 4. Wo dieses nicht angekommen ist, ersucht um umgehende Mitteilung.
Die Zentralkommission der Chemigrphen und Kupferdrucker Deutschlands.

Zur gefälligen Beachtung!

Die amerikanische Organisation der Lithographen wartet vor Zuzug von Zeichnern und Plakatdruckern nach den Vereinigten Staaten und Canada. Ein Agent Namens Ralph Klutken aus Boston ist nach Italien und Österreich gereist, um von dort Arbeitskräfte zu holen. Wir warnen die Kollegen, diesen Verlockungen zu folgen, zumal kein Kollege mit einem festen Gehalt in das Land hinein darf, auch sind Arbeitslose in genügender Zahl vorhanden.
Internationales Sekretariat.

Sind die gelben Gewerkschaften unpolitische Vereine?

(Eine öffentliche Anfrage an die Polizeipräsidenten v. Jagow-Berlin und Gerstein-Bodum.)

Da gegenwärtig die Auslegung des Reichsvereinsgesetzes dahin geht, unsere Gewerkschaften unter die politischen Vereine einzureihen, wollen wir einer hohen Behörde ihre Aufgabe

etwas erleichtern und ihr einige Tatsachen unterbreiten, die ihrem scharfen Auge bisher entgangen zu sein scheinen. Es handelt sich um die gelben Organisationen, die im Westen Deutschlands sich Werkvereine, im Osten reichstreue Vereine nennen. Der Titel „Gewerkschaft“ kommt jenen Vereinen nicht zu. Dagegen werden sie sämtlich zu den politischen Vereinen zu zählen sein, wie sich aus nachstehenden Feststellungen ergeben dürfte.

Zu den ältesten gelben Organisationen in Deutschland gehören die reichstreuen Bergarbeitervereine in Schlesien und im Mansfelder Revier. (Gegründet 1890 und 1891.) Nach außen geben sie sich als Unterstützungs- und Gesellschaftvereine mit gewerkschaftlichem Einschlag. Die Art ihrer Haupttätigkeit kennzeichnet sie jedoch als politische Werkvereine im Dienste der Reichspartei. Ihre Vereinsorgane — in Schlesien der »Feierabend des Arbeiters« und im Mansfelder Revier der »Mansfelder Bergbote« — sind politische Zeitungen und bei Reichs-, Landtags- und Kommunalwahlen im freikonservativen Sinne tätig. Polizeibehörden, die dem Reichvereinsgesetz Geltung verschaffen wollen durch den Nachweis der politischen Haltung jener Vereine und ihrer Organe, werden keine Mühe damit haben. Jeder Jahrgang enthält Dutzende Beweise. So ist in einem Bericht des »Feierabend«, in dessen Nummer vom 26. November 1910 über eine Verbandversammlung der reichstreuen Bergarbeitervereine vom 20. November 1910 zu lesen:

»Ganz besonders interessant gestaltete sich die Besprechung über die Stellungnahme zu den nächsten Reichstagswahlen. Der aus Berlin (als möglicher Kandidat) erscheinende, in der nationalen Arbeiterbewegung außerordentlich eifrige und erfahrene Baron v. Reibnitz hielt einen längeren Vortrag, in dem er sein Programm entwickelte . . . Verschiedene andere Redner ermahnten die Kameraden, schon jetzt in den Vereinen auf die kommenden Wahlen hinzuwirken, damit nicht erst im letzten Augenblick, also zu spät, die Wahlarbeit einsetzt.«

Zu bemerken wäre hierbei noch, daß dieser freikonservative Wahlverein Jugendliche von 14 Jahren ab zu seinen Mitgliedern zählt.

Mit gleichem Eifer widmeten sich die reichstreuen Vereine im Mansfelder Kreise und der »Bergbote« den Wahlgeschäften bei der Reichstags- und Landtagswahl. So erschien für die Landtagsersatzwahl im Jahre 1911 — der Wahlauftritt für den konservativen Kandidaten v. Hassell im »Bergboten« Nr. 29 von 1911, mitunterzeichnet von den Leitern der reichstreuen Vereine.

Genau so hantieren die gelben Werkvereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Nur der eine Unterschied besteht, daß im Westen die politische Tätigkeit der Werkvereine ausschließlich der nationalliberalen Partei zugute kommt (was übrigens auch im Saargebiet zutrifft). Allerdings ist hier die gelbe Vereinsbewegung noch jung und konnte erst in letzter Zeit — vor allem bei den Gemeindevahlen — politisch wirken. Aber gerade auf diesem Gebiete haben die Werkvereine als

Wahlvereine sich anscheinend gut eingeführt. Einige Beispiele:

1. Der Werkverein der Zedde Karl Funke beschloß in seiner Versammlung am 16. November 1913 selbständiges Vorgehen bei der bevorstehenden Gemeinderatswahl und stellte die Kandidaten auf.

2. Im Werkverein der Zedde Rosenblumendelle-Humboldt hielt in der Versammlung am 16. November 1913 ein Herr Jost eine Rede zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl und ermahnte zur tatkräftigen Unterstützung des Kandidaten des Werkvereins.

3. Der Werkverein der Zedde »Frel Vogel und Unverhofft« hatte am 20. Oktober 1913 eine Versammlung, die zur bevorstehenden Gemeinderatswahl Stellung nahm. Am 29. November 1913 konnte die Vereinsleitung folgende Meldung veröffentlichen:

»Bei der Gemeinderatswahl am 17. d. Mts., an der sich unser Verein zum ersten Male beteiligte, haben wir gezeigt, daß Disziplin in unserem Verein herrscht. Wir haben 119 Stimmen, die Sozialdemokraten dagegen nur 146 aufgebracht. Bravo!«

Die angeführten Sachen sind entnommen dem »Werkverein« in Essen. Dasselbe Blatt bringt gelegentlich auch Berichte über die Erfolge gelber Wahlvereine in anderen Teilen Deutschlands. Zum Beispiel in Nr. 12 1912:

»In Weißwasser O.-L. wurde der zweite Vorsitzende des Vaterländischen Arbeitervereins mit 779 Stimmen in die Gemeindevertretung gewählt: der Genosse erhielt 431 Stimmen.«

»Ähnliche gute Erfolge hatten die Mitglieder des Werkvereins Thale aufzuweisen. Ihr Kandidat siegte in Neinstedt in der zweiten Abteilung mit 65 gegen 5 rote Stimmen, und in der dritten Abteilung mit 148 gegen 38 sozialdemokratische Stimmen.«

Die Zeitung »Werkverein« hat übrigens einen vorwiegend politischen Inhalt. Sie wird im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet von den Werkvereinen und ihren Mitgliedern als Vereinsorgan benutzt. Aus den Berichten geht hervor, daß die Werkvereine in ihren Versammlungen vorwiegend politische Themas behandeln. In letzter Zeit u. a. auch in folgenden Werkvereinen:

Zedde Langenbrahm: Hier hielt der Vorsitzende Kluwe am 11. Januar 1914 einen Vortrag über die Sozialdemokratie.

Zedde Wolfbank und Neuwessel: Am 7. Februar 1913 hielt der Vorsitzende Cowitz einen Vortrag über die sozialdemokratische Partei.

Bezirksverband Dortmund-Hamm faßte am 22. Februar 1914 den Beschluß, gegen die »rote Woche« der Sozialdemokratie Front zu machen.

Zedde De Wendel: Die Versammlung am 1. März 1914 befaßte sich mit der Sozialdemokratie und deren roter Woche.

Zedde Dorstfeld hatte am 8. März Versammlung. Hier berichtete der erste Vorsitzende Schulte von der roten Woche der sozialdemokratischen Partei und empfahl Gegenmaßregeln.

Werkverein Phönix, Dortmund befaßte sich in zwei Versammlungen mit der gleichen Sache.

am 6. und am 13. März 1914. Das erste Mal referierte der Vorsitzende und ein Herr Werner, das zweite Mal der zweite Vorsitzende.

Werkverein Union, Dortmund ging noch gründlicher zu Werke. Hier sprach in zwei Versammlungen — am 26. Februar und am 28. März 1914 — der erste Vorsitzende Werner über die rote Woche und die Sozialdemokratie. In einer dritten Versammlung des Vereins am 19. März hielt ein Kaufmann Paul Hoffmann einen Vortrag über die rote Woche, sowie über die Lehren von Marx und Engels.

Es wurden weiter politische Reden gehalten in den Versammlungen der Werkvereine:

Gute Hoffnungshütte, wo am 29. März der Leiter des Jugendbundes Kirschner sprach, auf Zede Sälzer Neuack, wo der Sozialsekretär Schulte am 29. März referierte und auf Zede Zollverein, wo am 29. März Steiger Lagemann vor jugendlichen Bergarbeitern einen politischen Vortrag hielt.

Die Zeitung der Gelben in Rheinland-Westfalen, der Werkverein, dem all diese Feststellungen entnommen sind, ist nach seinem Inhalt ein politisches Organ. Man findet darin Artikel über die Politik im In- und Auslande, über die Gesetzgebung, über Parteiführer, Angriffe auf politische (sozialdemokratische und Zentrums-)Zeitungen u. a. m. Diese politische Zeitung wird von der Leitung der gelben Werkvereine den beim Militär dienenden Vereinsmitgliedern unentgeltlich in die Kaserne geschickt. (Die Werkvereine nehmen durchweg Jugendliche von 14 Jahren ab als Mitglieder auf.) Die Zusendung ist beschlossen vom »Verlag nationaler Schriften«, an dessen Spitze die gelben Führer Hess, Dr. Arnold und Mandrath stehen. Das wurde mitgeteilt in einer Versammlung der Verbandsvertreter für die Werkvereine von Essen und Umgegend am 6. Dezember 1913.

Diese kleine, sehr kleine Blütenlese mag für heute genügen. Die hier angeführten Tatsachen beschränken sich nur auf die gelben Vereine und auch nur auf zwei Industriegebiete und eine Industriegruppe. Nicht nur von den gelben Vereinen ist so etwas zu melden, sondern auch von allen gegnerischen Gewerkschaften, nicht zuletzt von den christlichen, die jetzt ihre hässliche Freude darüber äußern, daß die »sozialdemokratischen« Gewerkschaften für politisch erklärt wurden. Wir warten mit Beispielen später auf.

Da die Polizeibehörden in Preußen ohne Zweifel großes Gewicht auf strengste Einhaltung der reichsvereinsgesetzlichen Vorschriften legen, darf man wohl als sicher annehmen, daß die angeführten Vereine und Verbände zu politischen Vereinen erklärt werden. Wir leben doch in einem Rechtsstaat!

Rundschau.

Lebenswerte. Heute kennt man keinen anderen Wert als das Geld. Wohl gibt es hier und dort Idealisten, die in der Theorie edlere Lebenswerte wünschen, jedoch erstreben sie sie nicht praktisch, weil sie die praktische Voraussetzung nicht zu erkennen vermögen. Sie sitzen fern vom Leben da und träumen, während die große Mitwelt draußen dem Gelde nachjagt und keine edleren Werte kennt. Und es gibt edlere Werte. Die haben wir erkannt und darum erkämpfen wir Lebensverhältnisse, unter denen diese edleren Werte das Leben zu beherrschen vermögen. Das Entwicklungsgesetz ist das leitende Gesetz der Welt und ein Wert ist darum vom natürlichen Standpunkte aus um so größer, je mehr er diesem Entwicklungsgesetze dienlich ist. Für die Entwicklung kommen aber äußere private Besitztümer nicht in Betracht. Die Natur hat im Menschen heute bereits hohe innere Werte geschaffen, das ist die geistige und seelische Veranlagung. Je höher der Mensch in der Entwicklung steht, um so höher sind seine geistigen und seelischen Werte und diese geistigen und seelischen Werte sind es, die im Kulturleben die weitere Entwicklung ausmachen und darum als wahre Lebenswerte in einem Kulturstaate herrschend sein müssen. Unsere heutige wirtschaftliche Ordnung stellt nicht diesen Kulturstaat dar. Heute herrscht das Geld, äußerer Besitz, als einziger Wert und darum müssen diese wirtschaftlichen Verhältnisse geändert werden. Zur Änderung dieser Verhältnisse beigetragen, ist aber unsere Aufgabe. Die freigewerkschaftliche Bewegung erstrebt auch dem werktätigen Manne und der arbeitenden Frau gerade die wirtschaftliche Verhältnisse. Durch Befreiung

des ganzen schaffenden Volkes aus wirtschaftlicher Knechtschaft soll allen die Möglichkeit gegeben werden, die edelsten Werte, die die Natur geschaffen, die wahren Lebenswerte, zur Entfaltung zu bringen. Wenn wir wirtschaftlich frei sind, wenn wir durch die Macht und Stärke unserer Organisation gerechte wirtschaftliche Lebensverhältnisse erlangt haben, dann können wir auch unsere höchsten Lebenswerte, dann können wir Geist und Herz zur Geltung bringen. Wir können uns geistig entfalten und unsere Kinder sich geistig entwickeln lassen, wir können in Harmonie und edelster Schönheit leben, in höchstem seelischen Glück. Diese Umwandlung vom wirtschaftlichen Sklaven zum freien Menschen mit voller Entfaltung der Persönlichkeit geht natürlich, wie jede Entwicklung, langsam vor sich, aber es geht vorwärts. Das zeigt uns der bisherige Erfolg. Darum ist die erste Voraussetzung zur Erlangung jener stolzen Lebenswerte die unwandelbare Treue zur Organisation.

Der evangelisch-soziale Kongreß fand nach den Ostertagen in Nürnberg statt. Es verlohnt sich kaum noch auf diese Tagung näher einzugehen. Wie hat sich diese Gruppe entwickelt, die einst mit großen Geschrei in die Welt trat? Immer bedeutungsloser sind ihre Tagungen geworden. Nur ein paar christliche Arbeitersekretäre kamen da zum Wort, während die Mehrzahl der Delegierten dem Leben der Arbeiter völlig fremd gegenüber steht. Professoren, Gelehrte und einige Unternehmer, die gern den Schein der Arbeiterfreundlichkeit erwecken möchten, fanden sich dort zusammen. »Wir haben nicht einseitig für die Arbeiter Partei genommen...« sagte der Präsident vor dem Schluß der Tagung und kennzeichnete damit die ganze Lausheit der gepflogenen Diskussionen. Umso auffälliger war es, daß ein ehemaliger Mitgründer der Evangelisch-Sozialen Gruppe, Lic. Dr. Paul über die Eingeborenenfrage in unsern Kolonien einen Vortrag halten konnte, der geradezu durch und durch reaktionär war, und der Anschauungen über die Behandlung der Neger zum Besten gab, die jeder christlichen Nächstenliebe ins Gesicht schlugen.

Über die Wirkung eines Streiks erfahren wir aus einer Gerichtsverhandlung, die in Gera vor dem dortigen Landgericht stattfand. Angeklagt war der Kaufmann Ferdinand Hüttlich, wegen Betrug und Konkursvergehen. Er beteiligte sich nacheinander an mehreren Firmen und hat es verstanden, sich Kredit und Geld zu verschaffen. Die Bücher waren unordentlich geführt. 2 Banken und einige Privatpersonen fühlten sich betrogen. Er wurde nach siebenstägiger Verhandlung zu 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust verurteilt. Uns interessiert im wesentlichen eine Aussage des Angeklagten über einen Streik bei der Firma Köhler, in der er damals Milchnhaber war, Kunststanz in Untermaus: während im Jahre 1910 eine Dividende von 14 1/2% gewährt worden sei, ergab sich im Jahre 1911, durch einen 29wöchigen Streik ein Verlust von 5000 Mk. So die Aussage vor Gericht, während bei dem Streik von der Firma den Geldgebern und der Öffentlichkeit erzählt wurde, daß der Streik auf die Weiterführung der Geschäfte gar keinen Einfluß habe.

Das gewissenlose Zechenkapital. Auf der Phönixzeche »Holstein« im Dortmunder Revier war am 20. Oktober 1913 der Arbeiter Klapp auf gräßliche Art ums Leben gekommen. Er wurde von einer Grubenlokomotive an die Wand gedrückt und sein Kopf hierbei zu einer unkenntlichen Masse zerquetscht. Der Unfall wäre nicht passiert, wenn die Lokomotive nicht ein falsches Gleis befahren hätte. Ein strafbares Verschulden lag also vor, es mußte nun auch gesühnt werden. Dieser Tage stand der schuldige Sünder vor der Strafkammer in Dortmund. Es war ein 16 1/2 jähriger Knabe, namens Johann Stork. Der junge Mensch ist von der Zeche »Holstein« als Lokomotivführer beschäftigt worden, und hat an dem fraglichen Tage die Unglücksmaschine irrtümlich auf dem falschen Gleise laufen lassen. Das Gericht nahm an, der Knabe hätte seinen Irrtum erkennen und die Maschine durch Abstellen des Dampfes zum Stehen bringen müssen. Er wurde der fahrlässigen Tötung schuldig befunden und zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt! Wer in Wirklichkeit auf die Anklagebank und ins Gefängnis gehörte, mag uns die Bergpolizeiverordnung für den Oberbergamtsbezirk Dortmund verraten. Die sagt im § 262: »Jugendliche Arbeiter dürfen beim Rangieren und sonstigen Bewegungen der Eisenbahnwagen nicht verwandt werden.« Der § 266 sagt im Absatz 2 über die Angestellten auf Zechenbahnen: »Die Stationsvorsteher, Bahnmeister, Lokomotivführer und Zugführer müssen mindestens 21 Jahre alt und mit einem Dienstabzeichen versehen sein.« Im Absatz 4 heißt es: »Die oben bezeichneten Personen müssen dem zuständigen Revierbeamten namhaft gemacht werden und nach dessen Anweisung entweder ihm oder der Eisenbahnbehörde ihre Befähigung nachweisen. Alle diese Vorschriften sind von der Zechenverwaltung übertritten worden und zwar in geradezu verbrecherischer Leichtfertigkeit. Denn man kann doch nicht annehmen, daß die Kgl. Bergbehörde es gut heißen hat, daß ein 16jähriger Bursche als Lokomotivführer angestellt wurde. Hätte sie es dennoch getan, dann gehörte auch sie — und zwar als die Hauptschuldige — auf die Anklagebank. Es wirkt

ohnedies schon ein recht sonderbares Licht auf unsere Bergaufsichtsbehörde, daß solche haarsträubenden Sachen vom Grubenkapital überhaupt riskiert werden! Was wird nun dessen Vertretern in diesem Falle geschehen, werden sie unter Anklage gestellt und verurteilt werden als die einzigen und wahren Urheber des gräßlichen Unfalles? Das ist kaum anzunehmen. Die Dortmunder Strafkammer hat die Schuld auf den jugendlichen Stork geladen, und dabei wird es wohl bleiben. Unsere Richter erkennen im Namen des Königs, daß ein jugendlicher Bergarbeiter unter 18 Jahren seinem Verbände nicht beitreten darf. Aber Lokomotivführer darf er schon mit 16 Jahren sein. Die Grubenkapitalisten werden sich die Hände reiben, beide Urteile sind für sie von großem Nutzen. Sie verhindern den Bergarbeiterverband an Maßregeln zum Schutze der Jugend und liefern unsere Arbeiterjugend der unbeschränkten Ausbeutung in die Arme. Nationale Jugendfürsorge!

Politische Monatsschau.

Berlin, den 20. April 1914.

Die eiserne Hand für Elsaß-Lothringen. Der Aufstieg des Kanalrebellen. Die Kabinettsorder von 1914. Die Schmach des Bürgeriums. Bethmanns Erfolge. Wahreitsfragen — Portemonnaiesachen. Des Reichsverbandes Niederlage. Der 1. Mai.

Endlich haben deutscher Bureaucratismus, militärische Willkürherrschaft und persönliches Regiment ihren Trumpf auf das Zabernspiel gesetzt. Es ist zugleich ihr Triumph über anmaßliche bürgerliche Demokratie. Der Dallwitz ist doch Statthalter von Elsaß-Lothringen geworden. Seit Wochen geht nun schon das Rätselraten, wer eigentlich den höchsten Platz der deutschen Bureaucratie zieren wird. Wie ein Paradoxon tauchte der Name des Mannes auf, der aus der preussischen Landratsstube über das Kanalprojekt auf den Ministersessel eines Duodezstaates stolperte, sich dort 6 Jahre lang erfolgreich bemühte, dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie den regierungsamtlichen Stempel der Lächerlichkeit aufzudrücken und im Lichte dieses Ruhmes wieder als Regierungspräsident an der Krippe Preußens zu landen. Nur ein Jahr brauchte er aber in diesem, für seine Talente immer noch zu engen Kreise seine Sonne strahlen zu lassen, da bemühte ihn Herr Bethmann nach der Metropole Preußens, um dem reaktionären Glanze seines preussischen Kabinetts eine leuchtendere Politur zu versetzen. Der Kanalrebell hat die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt, ja sogar übertroffen. Kaum 2 Jahre im Amte, war er bei seinen neben- und übergeordneten Kollegen der gefürchtetste Mann. Die Erinnerung an jene Tatsache ist noch lebendig, daß der Staatssekretär von Delbrück einen Bundesratsbeschuß, die Einführung von Wahlen, nicht zur Ausführung bringen konnte, weil sich der preussische Polizeiminister von Dallwitz dagegen auflehnte. Erst die Brandmarkung des Abhängigkeitsverhältnisses der Staatsbehörden von dem Willen des preussischen Ministers des Innern im Reichstage vermochte diesen Widerstand zu brechen. So verkörperte sich in dem ehemals Gemäßigten die Tatkraft des Ministeriums mit dem philosophischen Kopf. Allerdings eine Tatkraft von besonderer Art, keine schöpferische, sondern eine von den Instinkten einer überlebten Klasse geleitete, vernichtende. Denn der Dallwitz ist ein Junker geblieben, ein echter, und ein echter Preuße dazu. Seine Regierungswissenschaft ist verankert in den Maximen der preussischen Landratsämter. Was in den ostelbischen Gefilden ausgeheckt wird an Bevorzugung der Besitzenden und an Unterdrückung der durch die Gesindeordnung geknechteten Landproletarier, das ist ihm das A und O für die Leitung des größten industriellen Staatswesens geblieben. In diesem Sinne hat er sich verweigert, und von diesem Geiste zeugen seine beiden letzten »Taten« in Preußen: der Erlaß zur Verhinderung des Streikpostenstehens, von dem hier schon die Rede war, und die durch seinen Kumpan erfolgte Politischerklärung der Gewerkschaften. Und ausgerechnet diesem allpreussischen Erzreaktionär überträgt preussisch-deutsche Regierungswissenschaft die Verwaltung eines Landes, in dessen Bevölkerung noch am nachhaltigsten etwas von dem Geiste der französischen Revolution wirkt. Das heißt nichts anderes, als daß dieselbe Politik, deren klägliches Fiasko in Polen eben noch den Reichstag beschämte, deren Germanisierungsversuche schon früher im Elsaß so gottvoll erfolglos waren, eine Neuaufgabe erleben soll. Der Erfolg wird nicht ausbleiben und sich würdig den bisher erreichten zur Seite stellen. Wie muß es in den Hirnen der Regierungsmänner aussehen, die glauben, sie könnten mit dem Kürasillstiefel Freiheitsideale aus der Brust eines ganzen Volkes herausretzen, das bereits die Segnungen fortschrittlicher Zustände und einer höheren Kultur als der ostelbischen am eigenen Leibe erfahren hat. Der Geist, der in Zabern gegen die Anmaßungen einer brutalen Soldateska Front machte, wird sich weder mit dem Geiste der Gesindeordnung noch mit Schmerzengeldern von 50 Mark ausrotten lassen.

Nichtsdestoweniger haben die alldeutschen Chauvinisten und die militärischen Hintermänner mit der Ernennung des Herrn von Dallwitz einen augenblicklichen Sieg über das Reichsparlament zu verzeichnen. Dieser gewinnt noch an Bedeutung dadurch, daß die berühmte Kabinettsorder von 1820 nicht in verfassungsrechtlichem Sinne geändert

worden ist. Im Gegenteil. Ohne daß ein Parlament Gelegenheit gehabt hätte, sich nur dazu zu äußern, ist die Gültigkeit dieses Monstrums kraft der unantastbaren Kommandogewalt des Kaisers auf andere Bundesstaaten noch ausgedehnt worden. Und wo bleibt nun bei diesem provokatorischen, zum Teil verfassungswidrigen Vorgehen der Reichsleitung die Aufwahrung des Bürgertums, wie im Zubern- raud, die Entrüstung des Mißtrauensvotums, das Mißtrauensvotum selber, und wo die Zubern- kommission? Alles verraut, alles vergessen, dem Bürgertum als nichtssagender wertloser Plunder vor die Füße geworfen. Zu allem Überfluß aber dokumentiert sich in der konsequenten Haltung der Zorn von Bulach, Wedel und Mandel die ganze waschplappige Schande der mit Worten revoltierenden liberalen Spießbürger in mehrfacher Potenz. Dort Regierungsmänner, Konservative, die lieber ihren Platz verlassen, als daß sie das militärische Gewaltregiment billigten; hier liberale Bürger, die einst auszogen das Junkerregiment zu stürzen, und heute vor jeder Junkerwillkür in die Knie sinken, um den Stiefel zu lecken, der sie getreten hat.

In dem trostlosen Wirrwarr offenbart sich aber auch noch ein anderes: die ganze trostlose Lage, in der sich die Regierung eines Bethmann befindet. Welch fürchterliches Armutszeugnis für diese Regierung, daß einmal solch ultrareaktionärer Landratspolitiker zu entscheidendem Einfluß in ihr kommen konnte, und zum anderen, daß sie für den Verwaltungsposten im Elsaß keinen Fähigeren fand. Es heißt ja, Bethmann habe ihn aus seiner Regierung los sein wollen, weil er ihm über den Kopf gewachsen war, und sich besonders in der preußischen Wahlrechtsfrage der »organischen Fortentwicklung« entgegenstemmt habe. Doch das ist herüber wie hinüber, eins von Bethmanns Werken geht doch zum Teufel. Wäre der Dallwitz in der preußischen Regierung geblieben, so hätte er das Vereinsgesetz gemeuchelt, während er im Elsaß die neue Verfassung seinem Herrn und Meister in Scherben zu Füßen legen wird. Ein preußisches Wahlrecht, das dem Recht und der Gerechtigkeit entspricht, gibt es natürlich so oder so nicht. Das muß sich das preußische Volk selbst erringen, und zwar die Arbeiterschaft gegen zusammenklappbare Liberale, retirierende Zentrumsfische, bokbeline Junker und im Dienste des Junkertums stehende Bureaukraten.

Daß aber die sonst so eng Verbündeten auch einmal anders herum können, das bewies in den letzten Tagen der Notsdrel des mecklenburgischen Ministers Dr. Bossart gegen die Ritter im Lande des Ochsenkopfs. Es handelt sich da um ganz gewöhnliche Portemonnaieinteressen. Der Großherzog muß nämlich die Regierungskosten aus seiner eigenen Tasche bezahlen, was ihm begrifflicherweise die Freude an seiner Herrschertätigkeit einigermaßen verleidet. Er strebt darum eine Verfassungsänderung an, und seine Minister haben eine solche auch schon mehreremale vorgeschlagen. Aber die Landstände, ein feudal-mittelalterliches Idyll, haben weder Lust sich durch Einführung eines Wahlrechts ihres Einflusses zu begeben, noch aus ihrem Geldsack die Schmerzen ihres Fürsten zu lindern. Sie waren darum rücksichtslos genug, die Vorlagen jedesmal unangenehm dem Landesvater wieder zurückzuschieben. Auf die Dauer ist das natürlich unangenehm. Darum meint nun Herr Dr. Bossart, das Reich müßte diesem Uebelstande steuern und Mecklenburg ein Wahlrecht oktroyieren. Der Reichstag hat ja einen dahlnzielenden Antrag auch schon einmal angenommen, aber der Bundesrat legte ihn ad acta, und würde es auch wieder tun. Wohl möchte er dem Bundesfürsten, der so arg bleichen muß, helfen. Wenn jedoch erst einmal der Weg beschritten ist, von Reichs wegen in die Wahlrechtsverhältnisse der einzelnen Bundesstaaten hineinzu- zureden, dann gibt es kein Halten mehr. Davor hat selbstredend Preußen, als Hort der Reaktion, eine Heldenangst, und es wird solange als möglich seine ausschlaggebenden 17 Bundesratsstimmen gegen ein solches Unterfangen in die Waagschale werfen. Solange als möglich, denn da der Reichstag neuerdings verschiedentlich Ansätze und Absichten zum Eingreifen in bundesstaatlich reservierte Rechte auf andern Gebieten zeigte, wird auch einmal der Damm in der Wahlrechtsfrage einstürzen. Vorerst bedarf es dazu allerdings noch der Hinausbeförderung so manches offenen und verkappten Reaktionärs aus dem Reichstage.

Einer von den offensten, und zugleich skrupellosesten, hat ja vor einigen Wochen in Bornapogau wieder über die Klinge springen müssen. Selten hat wohl die Niederlage eines Konservativen bis weit in bürgerliche Kreise hinein eine solche Genugtuung hervorgerufen, wie die des Reichs- verbandsgenerals von Liebert. Angesichts dieses parlamentarischen Hiniauswurfs ging förmlich ein frischer Zug durch unser politisches Leben. Es hat aber auch wohl selten eine politische Gründung mit solchen widerwärtigen Mitteln den politischen Kampf versucht, wie die des Herrn von Liebert.

Selbst das Pendant auf wirtschaftlichem Gebiete, der gelbe Sumpf, reicht mit seinen Giftblüthen nur halbwegs an die Reichsverbandekloake heran. Kein Wunder, daß ein Teil der liberalen Wähler es vorzog, dem Sozialdemokraten seine Stimme zu geben, trotzdem der liberale Führer die Parole für Liebert ausgeben hatte. Vielleicht ziehen die hier in Frage kommenden Klein- und Ackerbürger aus dem

Verhalten ihrer führenden liberalen Geister das nützliche Fact: der Rabbi und der Mönch, sie stinken alle beide.

Wenn in der kommenden Woche die in der modernen Arbeiterbewegung zusammengeschlossene Arbeiterschaft ihren Feiertag begeht, so wird sie all der gegen sie gerichteten und für sie günstig verlaufenen Ereignisse gedenken. Sie findet eine klare politische Situation. Ihre Demonstration wird nicht nur den großen Zielen der Zukunft gelten, sondern es gilt auch die Reihen zu richten für die Kämpfe der Gegenwart. Das Koalitionsrecht ist in Gefahr, die Ara Puttkammer spukt in der Nähe, der festere Zusammenschluß der Unternehmer erschwert immer mehr die wirtschaftlichen Kämpfe und in der Wahlrechtsfrage geht es nicht vorwärts, die Zäbranstuche grassiert allenthalben und neue Militärlasten drohen. Es gilt die Widerstände der Gegenwart zu beseitigen um den Weg frei zu machen für eine bessere Zukunft. ag.

Syndikalismus und Arbeiterbewegung.

1. Wesen des Syndikalismus.

In der deutschen Arbeiterbewegung hat der Syndikalismus niemals größere Bedeutung erlangt. Einmütig wurden seine theoretischen Gedankengänge noch stets abgelehnt, ebenso wie alle Organisationen die syndikalistische Praxis weit von sich wiesen. Abgeschlossen von der Außenwelt verträumen nun auch die letzten Reste der lokalistischen Gewerkschaften ihr syndikalistisches Dasein. Nur wenige Splitter des deutschen Proletariats sympathisieren noch heute mit den Kampfentendenzen der romanischen Gewerkschaften. Trotzdem begegnet man auch in der deutschen Arbeiterbewegung durchaus nicht selten dem vieldeutigen Begriffe »Syndikalismus«. Nur allzuoft ist man bestrebt, vereinzelte radikale Strömungen als syndikalistisch zu bezeichnen, die aber in Wirklichkeit meist nur den Radikalismus oder die Phrase mit jener Richtung der französischen Gewerkschaften gemeinsam haben. Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt dies Wort zur rechten Zeit sich ein. In den meisten Fällen ist die Anwendung des Wortes Syndikalismus nur der Ausdruck vorhandener Unklarheit. Darum ist es nicht unwichtig, dem Wesen des Syndikalismus etwas näher nachzuspüren und ihn begrifflich zu umgrenzen.

Je nach seiner Anwendung bekommt das Wort Syndikalismus einen anderen Inhalt. Im allgemeinen gebraucht man es als Bezeichnung für die Gesamtheit der französischen Gewerkschaftsbewegung. Unter Syndikalismus versteht man aber auch die Zusammenfassung bestimmter Theorien, die auf die Gestaltung der romanischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung von besonderem Einfluß waren. Der Syndikalismus ist eine Spielart gewerkschaftlicher Betätigung, die nur auf ganz bestimmten Nährböden gedeiht. Er zeigt sich unter vielfältigen Schattierungen und ist eben darum die Ursache grenzenloser Begriffsverwirrung. In der Hauptsache zerfällt der Syndikalismus in eine revolutionäre und eine reformistische Richtung. Der reformistische Syndikalismus wurzelt in dem industriell hochentwickelten Norden und Osten Frankreichs und nähert sich in seinen Grundsätzen stark der deutschen Auffassung über die Gewerkschaftsbewegung. Dagegen verkörpert sich in seinem revolutionären Flügel das eigentliche Wesen des Syndikalismus, diejenige gewerkschaftliche Praxis vereinigt mit jenen Gedankengängen, die wir mit der Anwendung dieses Wortes treffen wollen. In unserer Darstellung werden wir uns darum besonders mit jenen »wahren« Vertretern des Syndikalismus zu beschäftigen haben.

Der Syndikalismus ist eine ganz eigenartige Mischung verschiedener Elemente. Je nach seiner Schattierung vereinigt er in seinem theoretischen Aufbau mehr sozialistische oder anarchische Gedankengänge. Es wäre vollkommen falsch, wollte man einfach den Syndikalismus dem Anarchismus gleichstellen, wenn er gleich einige theoretische Anschauungen mit diesem teilt. Auch die beiderseitige Neigung zum Generalstreik macht beide Kampfentrichtungen noch nicht miteinander identisch. Ebenso verkehrt wäre es jedoch, den Syndikalismus als Sozialismus zu betrachten. Er ist vielmehr eine ganz besondere Verkettung sozialistischer sowie anarchischer Gedanken und Theorien miteinander.

Seine Grundelemente sind dem wissenschaftlichen Sozialismus entnommen. Sie basieren auf dem marxistischen Gedanken: »Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.«

Mit diesem Worte gebar Marx den modernen Sozialismus. Er prägte ihn in bewußter Gegenüberstellung zu der bis dahin herrschenden utopistischen Richtung des Sozialismus. Diese appellierte an das Mitleid, die Nächstenliebe und die Menschenfreundlichkeit aller Zeitgenossen. Der Utopismus baute auf die Einsicht der Reichen, mit deren Mitteln er die sozialistische Gesellschaftsordnung zu konstruieren gedachte. Gegen diese Auffassung des sozialistischen Gedankens stellte Marx den Fundamentalsatz, daß der Sozialismus nur das Werk der Arbeiter selbst sein könne, die bewußt die kapitalistische Gesellschaft mit ihren sozialistischen Elementen vorwärts zu treiben haben. Dieser Schlußtruf erklang in dem Kampfe, den Marx gegen den klembürgerlich-utopistischen Sozialismus des Franzosen Proudhon zu führen

hatte. Auch dieser gedachte die Arbeiter und Kleinbürger dem kapitalistischen Joch zu entwinden. Nicht jedoch, indem er die Eroberung der politischen Macht anstrebte, nicht indem er das Proletariat in den Besitz der kapitalistischen Produktionsfaktoren zu setzen gedachte, sondern durch willkürliche Konstruktionen glaubte er die sozialistische Gesellschaft herbeiführen zu können. Durch Abschaffung des Geldes hoffte er die gewaltigen Kapitalanhäufungen mitsamt ihren Wirkungen auf die Lage der Arbeiter und Kleinbürger zu beseitigen. Das Geld wollte er abschaffen, dagegen das Privateigentum aufrecht erhalten. Mit Papierzetteln anstelle des Geldes und durch Kreditinstitutionen gedachte er den Kapitalismus aus den Angeln zu heben. Gegen diesen seltsamen Utopismus prägte Marx jenes Wort, auf dem die ganze moderne sozialistische Arbeiterbewegung basiert. Diesen Grundsatz machten sich die Syndikalisten zu eigen und errichteten darauf ihr gesamtes Gedankengebäude, übernahmen aber nichtsdestoweniger zahllose klembürgerlich-sozialistische Ideen Proudhons. Sie sind klembürgerlich und proletarisch zugleich, aber ebensoviele Sozialisten, wie Anarchisten.

Die revolutionären Syndikalisten stehen also durchaus auf dem Boden des Klassenkampfes. Insofern stehen auch sie in entschiedenem Gegensatz zum Utopismus, als sie die Mitwirkung der Besitzenden an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft streng verneinen. Trotz alledem will der Syndikalismus nicht immer und nicht unbedingt Massenbewegung sein. Wohl appelliert er an die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit, aber er unternimmt noch immer fast nichts, um die Arbeit organisatorisch zusammenzuhalten. Die Syndikate sind noch vielfach lose Gebilde, die unter dauernder Fluktuation zu leiden haben. Sie legen noch immer viel zu viel Bedeutung auf den Wert und die Energie revolutionärer Minoritäten, die sich von überschäumender Begeisterung tragen lassen. Die Überschätzung kleiner aber zielbewußter Kerngruppen ist auf den unmittelbaren Einfluß anarchistischer Ideengänge zurückzuführen. Die revolutionären Minoritäten sind die Wurzeln und Träger des Putschismus, der unter anderem eng an den Namen Bakunins geknüpft ist. Dieser predigte schon vor über 50 Jahren diesen Grundgedanken des Syndikalismus und sprengte damit die erste internationale der Arbeiter auseinander. Wenngleich sich aber die Syndikalisten in der Wertschätzung revolutionärer Minoritäten mit den Anarchisten begehen, sind sie doch keine Anarchisten.

Diese stehen auf dem Standpunkt des »Alles oder Nichts«. Sie sind Gegner von Reformen, die die Lage der Arbeiter schon in der kapitalistischen Gesellschaft heben können. Die Syndikalisten stehen den Reformen freundlicher gegenüber. Der rechte Flügel mehr, der linke weniger. Immerhin ist auch der letztere bestrebt, durch gewerkschaftliche Kämpfe die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter günstiger zu gestalten. Selbst auf staatliche Reformen verzichtet sie nicht ganz, soweit sie eben mit ihren beschränkten Kampfmitteln zu erlangen sind. In dieser Frage nähern sich die Syndikalisten ihren sozialistischen Nachbarn, ohne aber mit ihnen vollkommen übereinzustimmen.

In ihrer Stellung zum Staat neigen die Syndikalisten wieder zum Anarchismus. Beide verneinen den Staat, sowie überhaupt jede Zentralgewalt und jede Autorität. Damit nähren sie Antipathien, die entschieden klembürgerlichen Ursprungs sind. Dem Klembürgerium war der steuer- und soldatenherrsche Staat, der allseitig einengte und das große Kapital obendrein noch beschränkte und beschützte, die Quelle alles Elends. Dieser Haß ist eine der Wurzeln des Anarchismus, die auch im syndikalistischen Boden kräftig weiterreißt. Der Kampf gegen den Staat führt zum Antipatriotismus, der für das Wesen des Syndikalismus so charakteristisch ist. Mit dem Staat verneinen sie jede Beteiligung an den politischen Institutionen, den Gebrauch des Wahlrechts, und proklamieren den Antiparliamentarismus. Wenn auch nicht immer praktisch, so vertreten sie doch theoretisch umso mehr diese politische Abstinenz. In dieser Frage scheiden sich die Syndikalisten am entschiedensten vom Sozialismus. Sie ignorieren vollkommen alle Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, die gerade den Sozialisten als wichtige Hebel im Kampfe um die Befreiung des Proletariats erscheinen.

Noch viel mehr, als in der Stellung zum Staat, tritt in ihren gemeinsamen Sympathien für den Generalstreik die Seelenverwandtschaft mit den Anarchisten unverhüllt in Erscheinung. Ebenso wie diesen ist er auch den Syndikalisten das Allheilmittel, das der Menschheit den beglückenden Segen des Kommunismus bringen soll. Der Generalstreik wird das Ziel und die Lösung des Syndikalismus umso mehr, je weiter sich die Sozialisten von der anarchistischen Auffassung dieses Kampfmittels entfernt haben. Aber gerade in der Schwärmererei für den Generalstreik liegt das Wesen des Syndikalismus und sein Hauptunterschied im Gegensatz zu den deutschen Gewerkschaften. Diese befassen sich im wesentlichen mit der Verbesserung der Arbeiterlage in der Gegenwart. Die Beseitigung des Kapitalismus, das Wirken für das Kommen der sozialistischen Gesellschaft überlassen sie dem politischen Teile der Arbeiterbewegung. Aber gerade den politischen Kampf verneinen die Syndikalisten. Sie ersetzen diesen durch die Propaganda für den

Generalstreik. Die syndikalistischen Gewerkschaften Frankreichs stellen sich so doppelte Aufgaben. Sie glauben den wirtschaftlichen mit dem politischen Kampfe der Arbeiter in einer Form und in einer Organisation vereinen zu können. Sie glauben, den Arbeitern nicht nur in der kapitalistischen Gesellschaft Vorteile erkämpfen, sondern damit auch den Kampf für den Sturz des Systems, die Agitation für den Generalstreik verbinden zu können. Mit dieser Auffassung muß der Syndikalismus notwendig scheitern.

Der Syndikalismus ist ein Mischling, dem sozialistisches und anarchistisches Blut in den Adern rollt. Er stellt einen neuen Aufbau dar, dessen Material anderen Gedankensystemen entnommen ist. Seine Grundelemente entbehren jeder Originalität. Aber die Vermischung der beiderlei neuen Blutarten erzeugte eine neue Varietät. Sie war fruchtbar genug, ein völlig neues Kampfmittel zu erzeugen, »die direkte Aktion«. In ihr erst kommt das Wesen des Syndikalismus unverfälscht zum Ausdruck.

Die direkte Aktion ist der Lebensnerv des Syndikalismus. Sie erhebt sich unmittelbar über den Marx'schen Grundgedanken, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein muß. Aber die Syndikalisten verzerren dieses Wort ins Fratzenhafte, um daraus die Notwendigkeit der direkten Aktion folgern zu können. Sie geben ihm einen ganz falschen Inhalt und verdrängen seinen augenfälligen Sinn, um auf den Schultern von Marx ihre Gedankengebäude zu errichten. Marx stellte jenen Satz dem utopischen Sozialismus gegenüber, indem er meinte, daß das Proletariat selbst der Träger seines Emanzipationskampfes sein müsse. Dazu habe es sich aller Machtmittel der kapitalistischen Gesellschaft zu bedienen. Der Wahlkampf, die Parlamente, ebenso wie die Gewerkschaften seien diesem Zwecke nutzlos zu machen. Durch Einführung wichtiger Reformen müsse der kapitalistische Staat selbst zur Mitwirkung in dem Kampfe um die sozialistische Gesellschaft herangezogen werden.

Die Syndikalisten aber sind Antiparlamentaristen, theoretische Gegner jeder politischen Beteiligung auf indirektem Wege. Der Strebeführer dieses Grundgedankens soll nichts anderes, als jenes Marx'stische, das ihre Anschauungsmethode zu völliger Erstarrung verurteilt. Wenn Marx betonte, daß die Arbeiter allein die Träger ihres Emanzipationskampfes sein könnten, so legen dies die Syndikalisten dahin aus, daß nur die Arbeiter und zwar auf »direktem« Wege, ohne Dazwischenreden von Parlamentariern, Beamten, Gewerkschaftsinspektoren, oder sonstigen Mittelspersonen den Kampf um die kommunistische Gesellschaft zu führen hätten.

»Direkte Aktion heißt Aktion der Arbeiter selbst, eine Aktion, die von den Beteiligten selbst direkt ausgeführt wird. Der Arbeiter selbst ist es, der die Anstrengung leistet.« Das ist die Interpretation jenes Satzes, die Griffethes, einer der anerkannten Führer der Syndikalisten, prägte. Marx hat niemals gesagt, daß nur der Arbeiter an dem Befreiungskampfe seiner Klasse beteiligt sein könne, daß er selbst es sei, der unmittelbar jede »Anstrengung« zu leisten habe. Noch viel weniger aber konnte er behaupten, daß der Kampf nur auf »direktem« Wege erfolgen könne. Er hätte denn mit den utopischen Sozialisten das Wesen und die Bedeutung des kapitalistischen Staates völlig verkannt müssen, wäre dann aber niemals der Befreier des sozialistischen Gedankens aus dem Fesseln des Utopismus geworden. Vielmehr bildete gerade Marx der kapitalistischen Gesellschaft schaff in ihr ungeschminktes Antlitz, um zu erkennen, daß die kapitalistische Gesellschaft nur durch deren eigene Machtmittel, eben durch den kapitalistischen Staat überwunden werden könne. Die Syndikalisten verneinen aber gerade diese Art des Kampfes und setzen sich so in direkten Gegensatz zu dem Grundgedanken, den sie als Fundament der »direkten Aktion« erwähnt haben.

Als Grundlagen der syndikalistischen Kampfmethoden verblieben allein die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften. Sie werden der klassische Tummelplatz der anarchistisch durchsetzten syndikalistischen Ideen. Die Gewerkschaften erhalten ein ganz eigenartiges Gepräge. Die direkte Aktion modifiziert ihren Charakter und gibt dem Wesen des Streiks, sowie allen anderen Kampfmitteln eine ganz besondere Bedeutung.

Eine treffende Illustration der direkten Aktion lieferte die Achtstundebewegung aus dem Jahre 1906. Der Gewerkschaftsagrobis zu Bourges hatte beschlossen, am 1. Mai genannten Jahres den achtstündigen Arbeitstag zur Durchführung zu bringen. Es sollte das unmittelbare Werk der Arbeiter selbst sein. Nicht durch staatliche Reformen, auch nicht durch Verhandlungen mit den Unternehmern und deren Organisationen sollte der verkürzte Arbeitstag zur Durchführung gelangen. Am 1. Mai 1906 hatten die Arbeiter nach Beendigung der achten Arbeitstunde kurzerhand die Betriebe verlassen und auf direktem Wege ihren Forderungen souverän Geltung zu verschaffen. Die Pariser Unternehmer glaubten sich in großer Gefahr. Die Seinesstadt trotzte von Militär. Aber noch nie hat es mit so großen Worten angekündete Bewegung so jämmerlich zusammengebrochen. Die direkte Aktion und auch die revolutionären Minoritäten versagten völlig. Auf ein Haar glückte der Verlauf des Kampfes den phantastischen

reihen Heidentaten des edlen Ritters Don Quixotte. Zur Durchführung der direkten Aktion fehlten den Syndikalisten so ziemlich alle Vorbedingungen. Geschlossene Organisationen, fester Zusammenhalt, eiserne Disziplin wären unbedingte Voraussetzungen der direkten Aktion; aber diese Eigenschaften fehlten gerade infolge der wunderlichen Anschauungen der Syndikalisten über den Befreiungskampf des Proletariats.

Feudaler und behördlicher Terror.

Selt Jahresfrist macht der Pommersche Bauernverband Versuche, an seinen Bauten keine Mitglieder des Bauarbeiterverbandes zu dulden. Vor wenigen Wochen haben die feudalen Bauherren erneut zu erkennen gegeben, daß sie auch in Zukunft ihren Terror gegen die Bauunternehmer sowohl wie auch gegen die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes aufrecht erhalten wollen. In einem Rundschreiben, das die Vorstände der Kleingrundbesitzervereine von Greifenberg i. P. und Treptow a. R. und der Großgrundbesitzerverein dieser Kreise herausgegeben haben, heißt es, daß sich 182 Mitglieder dieser Vereine entschlossen haben, nur solchen Bauunternehmern die Ausführung von Bauten zu übertragen, die sozialdemokratisch organisierte Arbeiter nicht beschäftigen. Das Rundschreiben trägt die Unterschriften der edlen Ritter v. Bittersdorf, Karolinenhof, Fahrmann-Klätrow und Wilke-Renschow. Zustandegekommen ist es in einer Versammlung der Herrschaften in Treptow, in der vorher der Landrat des Kreises von Thadden-Triggloff durch eine hochpatriotische Rede über »Der Kaiser, Hamburg und Kiel« die Anwesenden gehörig warm gemacht hatte.

Die gleiche Bahn zur Bekämpfung des Bauarbeiterverbandes beschreitet namentlich auch der Stadtmagistrat in Treptow a. d. R., an dessen Spitze ein Fr. v. Minnigerode steht. Also auch ein feudaler Herr, der die gleichen Allüren zeigt, wie der Bauernverband. Die Stadt führt zur Zeit einen Neubau auf. Unter dem 29. März ist einem Unternehmer der Zuschlag erteilt, wobei er in einem besonderen Schreiben auf folgendes verpflichtet worden ist: »Hiermit erteilen wir Ihnen auf Ihr Angebot vom 25. März 1914 auf Ausführung der Maurerarbeiten zum Wiederaufbau des Forsthauses Jungentropf zu den im Angebot angegebenen Einheitspreisen, unter dem dem Angebot angehefteten, von Ihnen anerkannten Bedingungen, sowie der besonderen Bedingung den Zuschlag, daß bei den Arbeiten Mitglieder oder Angehörige des Deutschen Bauarbeiterverbandes (freie Gewerkschaft) nicht beschäftigt werden. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird pro Mann und Tag eine Vertragsstrafe von 10 Mk. — zehn Mark — von Ihrem Guthaben in Abzug gebracht und zu unserm Gunsten einbehalten. Sie verzichten auf alle Einreden und Einwendungen. Der Rechtsweg wird ausgeschlossen. Fr. v. Minnigerode.«

Höher geht es gewiß nimmer in der Bekämpfung der freien Arbeiterschaft. Wir sind es seit jeher gewohnt, daß sich unsere Kommunal- und auch die staatlichen Behörden nichts daraus gemacht haben, wenn die Arbeiter, die aus Mitteln der Allgemeinheit ausgestattet waren, von auswärtigen Arbeitern unter schlechteren Arbeitsbedingungen, als die an Orte abliehen, hergestellert werden. Nur wenige Behörden sind mit besonderer Sorgfalt bemüht gewesen, ihren steuerzahlenden ansässigen Arbeitern die Arbeit und vor allem die geltenden Löhne und Arbeitszeit zu sichern. Aber nirgends ist es bisher vorgekommen, daß eine Behörde ausdrücklich die Ausschaltung der Arbeiter einer bestimmten Organisation zur Bedingung macht. Eine solche Handlung stellt den schwersten Mißbrauch einer Amtsgewalt dar, den eine Magistratsverwaltung gegen einen Teil der Bevölkerungsschicht anwendet, die sich auf dem Boden des Rechts bewegt. Das ist der Terror in der allerschlimmsten Form, der nur denkbar ist.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe müßte, wenn er auch nur einen Funken von Tarifreue zum Ausdruck bringen wollte, seine Mitglieder öffentlich auffordern, solche Bedingungen überall zurückzuweisen, weil sie mit dem Vertragsverhältnis im Widerspruch stehen. Erst kürzlich hat das Haupttarifamt im Baugewerbe entschieden, daß es unzulässig und als eine Maßregelung anzusehen sei, wenn die Unternehmer Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit zurückweisen, und daß die Unternehmer, die solche Verträge eingehen, in denen die Mitglieder der Vertragspartei von der Beschäftigung ausgeschlossen sind, Vertragsbruch begehen. Der Unternehmerbund aber führt sich nicht. Ein Vorstandsmitglied des Bundes, Herr Thiemann-Köh, hat bei einer solchen Gelegenheit geäußert, daß es als eine Dummschheit des Unternehmers anzusehen sei, wenn er den Arbeitern den wahren Grund ihrer Entlassung mitgeteilt habe. Die Unternehmer befinden sich in einer Zwangslage, wenn sie die Arbeit nicht anderen Unternehmern überlassen wollen, müßten sie solche Bedingungen schon eingehen. Der Ansicht scheinen die Unternehmer im Arbeitgeberbund ganz allgemein zu sein, wenn es sich darum handelt, den Arbeitgeberbund von einer Vertragspflicht freizusetzen. Der weitere Fall des Kömer Unter-

nehmers ist allerdings noch nicht befolgt worden, sondern den Arbeitern sind die Schriftstücke vorgelegt und ihnen damit gezeigt worden, daß trotz der Entscheidung des Haupttarifamts die Unternehmer auf solche Verträge eingehen und sich darauf verlassen, unter den Angehörigen des Bauarbeiterverbandes Proselyten zu sammeln.

Daß sich irgend ein Staatsanwalt oder ein Gericht finden wird, die sich die feudale Bauerngesellschaft vornehmen werden und sie mit einem Prozeß wegen Verurteilung, Boykottierung oder Vermögensschädigung zur Vernunft bringen werden, daran ist nicht zu denken. Das geschieht nur dann, wenn die Arbeiter sich gegen die »Brothern« wehren. Aber was sagt denn der Herr Staatsminister des Innern dazu? Auf Veranlassung des Herrn v. Delbrück wurde doch der Bauarbeiterverband mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe 1912 zusammengeführt, um durch ein neues Vertragsverhältnis den Frieden im Baugewerbe für die Zukunft zu sichern. Das Treiben des Stadtmagistrats in Treptow a. R. ist doch eine öffentliche Fronde gegen die Absicht des Staatsministeriums. Man soll doch nicht meinen, daß sich die Arbeiter des Baugewerbes eine solche Maßregelung wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer gesetzlich zu Recht bestehenden Organisation ruhig gefallen lassen.

Umkehr.

Wie viele andere bürgerliche Zeitungen vermag auch die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Ihre hässliche Freude über die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten gegen einige Gewerkschaften nicht zu unterdrücken. Sie hofft mit anderen auch darauf, daß diese Maßregel die Agitation der Gewerkschaften unterbinden muß. Sie schreibt: »Muß doch mit der Einreihung der Gewerkschaften in die politischen Verbände deren Agitation zu wenigsten insofern stark behindert werden, als sie nicht mehr wie bisher in der Lage sein werden, mit Hilfe der Begründung von Jugendorganisationen der Sozialdemokratie die Jungmannschaften zuzuführen, in deren Gewinnung eine der stärksten Zukunftshoffnungen der Partei zu erblicken ist...«

Wir haben schon in Nr. 15 der Graph. Presse in dem Artikel: Sind die Gewerkschaften politische Vereine? darauf hingewiesen, daß das Vorgehen in erster Linie ein Kampf gegen die Jugendbewegung ist. Wie immer fällt auch hier die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung mit der Tür ins Haus. Was andere schamhaft verschwiegen, plappert sie aus. Wir können der Guten den Grimm nachfühlen, der sich über die Dreistigkeit der Arbeiter bei ihr nach und nach angesammelt hat. Bisher war es das Vorrecht der bürgerlichen Gesellschaft, die Kinder der Arbeiter in dem Geiste zu erziehen, den sie für den richtigen hielt. Logisch wäre es nun, wenn die Arbeiterschaft über die Art der Erziehung und des Unterrichts zu entscheiden hätte, die für Unternehmungskinder in Frage käme. Wie würde das den Leuten gefallen? Und bei der proletarischen Jugendbewegung handelt es sich nicht einmal um Kinder. Mit 12, spätestens mit 14 Jahren ist die proletarische Jugend reif, ihre Knochen im Interesse der Kapitalisten zu Märkte zu tragen. Als zarteste Kinder dürfen sie schon in der Heimarbeit ihre Spielzeit dem Kapitalisten opfern. Diese Gesellschaft nimmt für sich das Recht in Anspruch, bis in die eigenen Familienangelegenheiten der Arbeiter hineinzufragen. Ja, sie machen dem Arbeiter neuerdings noch Vorschriften, wie er sich im Ehebetriebe zu verhalten hat, wieviel Kinder er in die Welt setzen muß, damit dem Kapitalisten das Ausbeutungsmaterial nicht verloren geht. Wird es da nicht hohe Zeit, daß die Arbeiter dieser Gesellschaft ernstlich ein »bis hierher und nicht weiter!« rufen.

Mit 12 Jahren sind Kinder dem Strafgesetz unterstellt, werden sie rückwärtslos verurteilt, gleichgültig ob sie die Gesetze kannten oder nicht. Jugendliche werden zur Steuer herangezogen, wenn sie auch nur bescheidenen Verdienst haben. In alledem sind sie reif, sind sie selbständig. Aber sich zum Schutz von Leben und Gesundheit gegen rückwärtslose Ausbeutung zusammenzuschließen, für ihre Weiterbildung Sorge zu tragen, das ist im Lande der Dichter und Denker, im Lande der besten Sozialreform untert. Die Arbeiterschaft müßte ja Schattegeduld haben, wenn sie da stillschweigend nachgeben wollte. Nur weiter auf dem Wege. Ihr sorgt für Aufklärung der Massen in glänzender Weise. Wie sagt doch im oben erwähnten Artikel die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung: »Und von Jahrlang zu Jahrlang soll die Zahl derer an, die dem Moloch der sozialdemokratischen Volkverhetzung zum Opfer fielen, gerieten die Fundamente des unbedingten Feithaltens an der patriotischen Überlieferung stärker ins Wanken, verbreiterte und verteilte sich die Kluft zwischen den Führern und den Gefährten, züngelte die Lohs des Klassenhasses wider empor, — trotzdem die Frage ständiger Hebung der Wohlfahrt gerade des Teils der Bevölkerung allgemach in den Mittelpunkt der gesetzgeberischen Betätigung gerückt wurde, der der staats- und gesellschaftsfeindlichen Sozialdemokratie immergewaltigere Rekrutenscharen lieferte...«

Und wer hat uns diese Erfolge gebracht? Die Dummheit unserer Gegner! Und der neueste Streich wird genau so ausgehen. Dafür können wir jetzt schon garantieren.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Pflichten gegen die Lehrlinge.

Wieder sind die Tage gekommen, wo Hunderttausende, zumelst Arbeiterkinder, in das erwerbstätige Leben treten, die Brust gefüllt von Hoffnungen und Erwartungen auf die Zukunft. Viele wännen ja, jetzt nach dem Verlassen der Schulbank einer »freien« Zukunft entgegenzugehen. Allein manche Träume werden zerrinnen, wenn der ganze Ernst des Lebens an diese hoffende Jugend herantritt. Das gilt insbesondere für alle diejenigen, die sich durch eine jahrelange Lehrzeit für einen bestimmten Beruf ausbilden lassen wollen.

Es lohnt deshalb, die Aufmerksamkeit auf die berufliche und moralische Erziehung der heranwachsenden jungen Leute in Fabrik und Werkstatt zu lenken, soweit der erwachsene Nebearbeiter einen Einfluß ausüben kann.

Die Ausbildung der Lehrlinge ist bekanntlich in erster Linie ein Privileg des Handwerks. Die größte Anzahl der Lehrlinge wird in kleineren Betrieben ausgebildet, wo eine verschwindende Zahl von Gehilfen oder Gesellen in Frage kommt. Die Betriebszählung von 1907 ergab 809286 Lehrlinge, wovon 699668 auf die Gewerbeabteilung Industrie und Bergbau entfielen. Von letzteren Ziffern kamen auf die ausgesprochenen Kleinbetriebe, die bis fünf Personen beschäftigen, 318824 Lehrlinge und weitere 97304 auf Betriebe mit über 5 bis 10 Personen. Es ist notorisch, daß viele Lehrherren eine Lehrlingszuchterei in großem Maße betreiben und wenig oder gar keinen Wert auf die Ausbildung des Lehrlings zu einem tüchtigen Arbeiter des Berufes legen, sondern lediglich den Lehrling als eine billige und gewinnbringende Arbeitskraft ansehen. In den größeren Werkstätten und in den Fabriken, wo der Lehrherr sich persönlich nicht um den Lehrling kümmert, haben die mit der Ausbildung beauftragten Personen oft nicht die Zeit oder vielmehr nicht das nötige Interesse und Verantwortlichkeitsgefühl, sich des Lehrlings anzunehmen. Eine ungenügende Fachausbildung rächt sich aber später immer bitter, wenn nach Ablauf der Lehrzeit der junge Mann hilflos, nur mit schattenhaften Begriffen vom Beruf ausgerüstet, selbst um seinen Unterhalt kämpfen muß. So bietet sich für den erwachsenen Kollegen, der in Fabrik oder Werkstatt mit Lehrlingen zusammen tätig ist, ein dankbares Feld, wo er sich im Interesse des Nachwuchses betätigen kann, insofern, als er in beruflicher Hinsicht dem Lehrling jede Förderung angeeignet läßt, die in seiner Möglichkeit liegt. Gewiß, die berufliche Ausbildung des Lehrlings ist eine Aufgabe, die in erster Linie von den dazu rechtlich verpflichteten Personen zu erfüllen ist. Wir wissen auch, daß viele vom besten Willen beseelte Kollegen außer stande sind, sich in beruflicher Hinsicht um den Lehrling zu kümmern. In häßlicher Arbeit müssen sie Tag für Tag ihre Kräfte auf das äußerste anspannen und jede zeitraubende Beschäftigung mit dem Lehrling kommt einem materiellen Opfer gleich. Allein wo sich immer Gelegenheit bietet — und die bietet sich recht oft — da sollte der erwachsene Kollege nicht unterlassen, dem Lehrling in beruflichen Fragen ratend und helfend zur Seite zu stehen. Ein aufgeklärter Arbeiter sieht in dem Lehrling nicht den zukünftigen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt, sondern den späteren Kampfgenossen; er ist dessen eingedenk, daß ein leistungsfähiger, beruflich tüchtiger Nachwuchs Gewähr für eine mutige und rückgratfeste Kämpferschar bildet.

Auf dem Gebiete der sittlichen und geistigen Erziehung des Lehrlings in Fabrik und Werkstatt wird von den Kollegen noch viel gesündigt, obgleich es dank der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit von Jahr zu Jahr

besser geworden ist. Es gibt aber noch recht viele minderwertige, verächtliche Charaktere, die ihre Aufgabe darin sehen, den Lehrling mit Zoten zu unterhalten oder die den wertlosen Lehrling als Gegenstand ihrer Launen ansehen, aus den niedrigsten Gründen brutalisieren, nur »weil es immer so war« oder »weil man es in der Lehrzeit nicht besser hatte«. Dem ersten und gebildeten Kollegen liegt die Pflicht ob, solchem Treiben einen Riegel vorzuschieben; denn es liegt auf der Hand, daß eine derartige Behandlung eine ernste Gefahr bildet in bezug auf die sittliche Haltung des Klassengenossen als späteren Klassenkämpfers. Werkstätten und Fabriken, wo Kasernenluft weht, wo der Lehrling als Objekt roher Mißhandlungen betrachtet wird, wo ältere, sittlich tiefstehende Arbeiter durch böse Beispiele gute Sitten verderben, sind wahre Brutstätten zur Züchtung jener minderwertigen Charaktere, die später in ernsten Kämpfen versagen.

Von Kollegialität und Kameradschaftlichkeit beseelt, muß der organisierte, aufgeklärte Kollege in beruflichen und moralischen Fragen dem gewerblichen Nachwuchs, der jetzt nach den Festtagen stockenden Fußes und unkundig des Weges in das Erwerbsleben eintritt, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wenn der organisierte Kollege sich als guter, gerechter und anständig handelnder Mensch zeigt, so wird das auf das empfängliche Gemüt des Lehrlings den nachhaltigsten Eindruck machen. Ein solches Verhalten bildet aber auch die beste Agitation für die Arbeiterorganisationen. Der Lehrling, der eine gute Behandlung erfahren hat, wird, wenn er vollwertiger Mitkollege geworden ist, den Bestrebungen der organisierten Arbeiter nicht gleichgültig und teilnahmslos oder gar feindsich gegenüberstehen. Mit einem Wort: Es werden Mitkämpfer erzogen. Und die Arbeiterschaft hat ein brennendes Interesse daran, sich tüchtige Mitkämpfer zu erziehen.

Zur Lehrlingsfrage in Darmstadt.

Die Zeit ist wieder da, wo mit allen Mitteln und schönen Zukunftsversprechungen die der Schule entlassenen Jungen und deren Eltern für das Lithographie- und Steindruckhandwerk begeistert werden sollen. Würden diese Eltern aber erst einmal in unseren Kreisen Erkundigungen einziehen, so würde manche spätere Enttäuschung vermieden werden. Die Unternehmer versuchen so viel wie möglich Lehrlinge anzunehmen, betretens der Ausbildung machen sie sich aber weniger Sorgen. Unsere Abmachungen über die Anzahl der zu haltenden Lehrlinge werden nur mit Mühe eingehalten, die Firmen werden dabei noch von den sogenannten Handwerkskammern unterstützt. Wir konnten jetzt wieder feststellen, daß in dem Mitteilungsblatt der hiesigen Kammer die veröffentlichte Skala, über die gestattete Anzahl von Lehrlingen in unserem Berufe nicht stimmt. Sind die Lehrlinge nun angenommen, so gibt zunächst eine 2- oder 4 wöchentliche Probezeit. Auf die Gesundheit und körperliche Entwicklung der Jungen wird in den wenigsten Fällen Rücksicht genommen. Schnell wird dann der Lehrvertrag gemacht. Wir mußten schon oft der Behauptung entgegenreten, unser Beruf wäre gesundheitlich nicht schädlich und sehr lohnend. Oft werden die Lehrlinge auch zu Arbeiten verwendet, die mit dem Berufe nichts zu tun haben (Botengänge usw.); weigert sich der Junge derartige Arbeiten auszuführen, so erhält er häufig noch Schläge. Die fortschreitende Umwälzung im Berufe macht es zur Pflicht, daß eine gründliche Ausbildung erfolgt, wenn die Ausgelernten später mit Erfolg den Daseinskampf führen sollen. Uns sind wohl hier ein Dutzend Kollegen bekannt geworden, die durch schlechte Ausbildung und ungünstige Berufslage gezwungen waren in andere Berufe überzugehen. Als vor 1 1/2 Jahren unsere größte Firma hier in Konkurs geriet, hatten wir eine Anzahl junger Kollegen, die auslerten. Die wenigsten fanden Unterkommen im Berufe, sondern mußten sich eine andere Existenz suchen. Die, welche Stellung fanden, lagen bald wieder auf der Straße, weil sie den Anforderungen nicht genügen konnten. Da konnte man hören, ja wenn ich das gewußt hätte, ich hätte was anderes gelernt.

Wenn jährlich viele unserer Kollegen dem Berufe wieder den Rücken kehren müssen, weil sie ihre Existenz nicht finden, ist es unsere Pflicht, mit allen Mitteln gegen eine systematische Lehrlingszuchterei anzukämpfen.

Die graphischen Gewerkschaften in Dresden.

In dem soeben herausgegebenen »Jahrbuch 1913 der Dresdner Gewerkschaften« wird auch über die Verbände der graphischen Berufe berichtet. Es sind dies die Buchbinder, Buchdrucker, Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen, Formstecher, Lithographen, Steindruckere und verwandte Berufe und Xylographen. Diese graphischen Verbände hatten zusammen am Anfang des Jahres 6317 Mitglieder und am Ende 6412. Im Bericht wird betont, daß die Arbeitslosigkeit in Dresden im allgemeinen sehr groß war. Dieses zeigen auch die Geldsummen über die ausgezahlte Arbeitslosenunterstützung. Ingesamt berichtet das Jahrbuch über 95629 Mitglieder in 63 Gewerkschaften, die zusammen 515122,85 Mk. für Arbeitslosenunterstützung auszahlten. Hiervon zahlten die graphischen Verbände allein 83531,77 Mk. aus. Und da es eine bekannte Erscheinung ist, daß in Zeiten großer Arbeitslosigkeit auch die Krankenziffern steigen, so sind auch die Summen der ausgezahlten Krankenunterstützungen recht groß. Während alle Gewerkschaften zusammen 563728,40 Mk. auszahlten, mußten die graphischen Gewerkschaften für diesen Zweck allein 61867,10 Mk. auszahlen. Ein Beweis, daß in den graphischen Berufen die Arbeitslosigkeit eine sehr große gewesen ist, zeigt auch folgende Gegenüberstellung: während die Mitglieder der graphischen Verbände von allen Gewerkschaftsmitgliedern nur 6,7% darstellen, mußten jedoch die graphischen Verbände von der von sämtlichen Gewerkschaften ausgezahlten Arbeitslosenunterstützung 16,2% auszahlen. — Wenn wir die Verhältnisse der Dresdener Zahlstelle unseres Verbandes betrachten, so ergibt sich, daß wir am Anfang des Berichtsjahres 931 und am Ende 947 Mitglieder hatten. An Arbeitslosenunterstützung wurden im Laufe des Jahres in Dresden 15706,65 Mk. und an Krankenunterstützung 14743,— Mk. ausgezahlt. — Im Jahrbuch wird ferner betont, daß bei den Lithographen und Steindruckern über wirtschaftliche Kämpfe und bemerkenswerte Vorgänge im Jahre nichts zu berichten ist. Der große Kampf von 1911 bis 1912 im Steindruckergewerbe und die bestehenden Tarife zwingen naturgemäß zu Ruhe und Friedfertigkeit. Zudem herrschte in der Konjunktur kurzstößiges Schwanken und große Unsicherheit. Pret um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen geführte Einzelbewegungen gingen ohne Kampf erfolgreich aus. Die Arbeitslosigkeit ist ständig eine große, wodurch der Abgang vom Beruf und Übergang in andere Erwerbsgruppen immer in der Zunahme begriffen ist. pl.

Die oberste Instanz.

XII.

Die Ausführungen des Kollegen Schnetter in der Nummer 16 der »Graph. Presse« geben mir, da ich nicht gerne auf leerem Stroh herumredese, nur in einem Punkte Veranlassung zu einer Erwiderung.

Kollege Schnetter ist der Meinung, daß ich hätte wissen müssen, daß ER der Verfasser des »Hannover« gezeichneten Artikels sei. Er irrt. Ich bin nicht zu der Annahme verpflichtet, daß in Hannover nur ein einziges Licht leuchtet. Soviel kann ich zu seiner Berühigung erklären: Hätte er seinen ersten Aufsatz mit seinem Namen unterschrieben, dann wären in meiner Antwort die Behauptungen, daß ich ihn nicht kannte und daß ich eine gute Meinung von ihm hätte, nicht aufgetaucht.

Hermann Müller, Berlin.

Die Delegiertenversammlung des schweizerischen Lithographenbundes.

An den beiden Ostertagen fand in Zürich, im höheren Mädchenschulhaus, die 25. Delegiertenversammlung statt. 31 anwesende Delegierte vertraten 999 Mitglieder. Die umfangreiche Tagesordnung, welche an vierter Stelle die Beratung eines Statutenentwurfes enthielt, wurde in 17stündiger Sitzung erledigt. Jahresbericht und Jahresrechnung, die wir bereits in Nr. 14 der »Graphischen Presse« eingehend besprochen haben, wurden gutgeheißen. Im Anschluß hieran wurde die Bewegung in Genf besprochen. Hierbei zeigte sich, daß selbst unter schwierigen Verhältnissen, — wenn auch unter ziemlich großen Opfern — schöne Erfolge erreicht werden können. Das Krankenkassenstatut, welches im Laufe der 25 Jahre, seit dem Bestehen dieser Kasse, oft infolge aufgetretener Mängel verbessert wurde, wurde den aufgestellten Normen des eidgenössischen Krankenversicherungsgesetzes angepaßt. Die Verbandskasse erhält dadurch voraussichtlich eine jährliche staatliche Subvention von 3500 bis 4000 Frks. Da in einer Verordnung des schweizerischen Bundesrates über die Krankenversicherung verfügt ist, daß die Krankenkassen auch die Sonntage bezahlen müssen, wurde beschlossen, statt 6 Tage à 5 Frks. 7 Tage à 5 Frks. Krankengeld wöchentlich zu zahlen. Im Hinblick auf den günstigen Stand der Krankenkasse und der zu erhaltenden staatlichen Subvention wurde von einer Beitragserhöhung Abstand genommen. Der Wochenbeitrag beträgt für die Kranken-

kasse 50 Cts. — Die vom Zentralvorstand beantragte Zulassung der Mitgliederfrauen als Krankenkassenmitglieder wurde abgelehnt. Die fast auf allen früheren Tagungen beantragte Beitragsfreiheit während des Militärdienstes wurde diesmal endlich beschlossen und damit hoffentlich für recht lange Zeit erledigt. Ein Antrag auf Staffelung nach Beitragsjahren und Erhöhung der Unterstützung und des Beitrages in der Invalidenkasse wurde abgelehnt. Die vorjährige Delegiertenversammlung in Aarau hatte die Beteiligung des schweiz. Lithographenbundes an der Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig beschlossen. Der Zentralvorstand hatte infolgedessen unter entsprechenden Kosten dafür gesorgt, diesem Auftrage zu genügen, wie es das Ansehen des Verbandes erfordert. Ein großes Tableau mit graphischen Darstellungen, eine Musterabrechnung einer Sektion und diverses andere von der Bedeutung des Ausstellers zugehende Material war neben dem Tagungsort ausgestellt, um sodann sofort nach Leipzig abzugehen. In Würdigung der »Bungra« hatte der Zentralvorstand an die Delegiertenversammlung einen Antrag auf Entscheidung einer Studienkommission und Bewilligung einer Subvention an die die Ausstellung besuchenden Mitglieder gestellt. Mit der Begründung der zu hohen Kosten wurde jedoch dieser Antrag abgelehnt. — »Die Ursachen und Folgen eines Konflikts mit einer Firma« und »Unsere Stellungnahme zur Frage des Tiefdrucks« wurden in einer vierstündigen geheimen Sitzung erledigt. Die Vorortsektion, d. h. der Sitz des Zentralvorstandes, bleibt Bern. Die nächste Delegiertenversammlung zu Ostern 1915 findet ebenfalls zu Bern statt. Zum Schluß wurde noch die Veruntreuung eines Kassierers und andere interne Angelegenheiten ohne besondere Wichtigkeit besprochen. W.

Der Lithograph.

Über den Rückgang der Lithographie.

Die goldenen Tage der Lithographie sind vorüber. Durch den technischen Fortschritt, den die Entwicklung der Photographie mit sich brachte, ist ihr ein Nahrungsgebiet nach dem anderen entrissen worden. In unzähligen Varianten wurde denn auch diese Tatsache in diesen Spalten bereits konstatiert. Wir wollen diesen Klageledern kein neues hinzufügen, haben wir doch den freilich zweifelhaften Trost, daß wir trotz schnellen Verfalls niemals das Schicksal der Handweber erleiden werden. Diese sind nunmehr fast ausgestorben. Nur in weitabgelegenen Gebirgsgegenden klappern noch vereinzelt jener uralten mechanischen Werkzeuge, von verelendeten Gestalten mühsam in Bewegung gesetzt. Sie geben einst Hunderttausenden, wenn auch recht kärglich Brot und Nahrung. Aber erst die Konkurrenz des mechanischen Webstuhls erzeugte jenes durch Heine und Freiligrath sprichwörtlich gewordene Elend. Heute stirbt kein Handweber mehr an Typhus und Entkräftigung. Die moderne Arbeitsmaschine hat sie allesamt verschlungen.

Dieses Schicksal wird die Lithographie nicht erleiden. In einem beschränkten Kreise der Reproduktion wird sie sich immer ein Betätigungsfeld erhalten. Wie groß dies sein wird, bleibt freilich heute noch zweifelhaft. Unser mechanischer Konkurrent hat im letztvergangenen Jahrzehnt so erstaunlich sprunghafte Fortschritte gemacht, daß man schlechterdings mit allen Möglichkeiten zu rechnen gezwungen ist. Freilich ist es vorerst nur der jüngere Bruder der Lithographie, der farbengebende Teil, der von der Chemie und der Mechanik so grausam mitgenommen wurde. Aber auch die Merkantillithographie hat durchaus keine Veranlassung, sich den Himmel voller Geigen zu malen. Wohl wird ihr, ob der größeren Mannigfaltigkeit der Aufträge und auch wegen ihrer nicht seltenen Kleinheit, ein immerhin umfangreicheres Betätigungsfeld verbleiben, als ihrem Bruder in Chromo, aber allzu großer Optimismus wäre auch hier kaum am Platze.

Vor allem die Berliner Lithographenfiliale hat es sich zur dankenswerten Aufgabe gemacht, alljährlich über den Stand des Umwälzungsprozesses weiteren Kreisen Mitteilung zu machen. Ein jeder Kollege wird unzweifelhaft den gewaltigen Rückgang der Berliner Lithographen nicht ohne Interesse, wenn auch mit gemischten Gefühlen, verfolgt haben. Wahrscheinlich tritt in Berlin neben einigen anderen größeren Druckorten der Umwandlungsprozeß am stärksten in Erscheinung. Immerhin sind alle jene Ortsberichte nur Ausschnitte, die wohl einen tiefen Einblick, aber kein Totbild der beruflichen Abstrüpfung ergeben. Wir werden daher versuchen, die Entwicklungslinien der Lithographie im letzten Jahrzehnt etwas genauer aufzuzeichnen, indem wir einmal das vorhandene statistische Material zur Mühe heranziehen. Demgegenüber stellen wir die Wachstumsproportionen unseres chemigraphischen Nachbarn und Konkurrenten und der Vergleich miteinander wird uns von ungefähre die Stärke sowohl als auch die Schnelligkeit des beiderseitigen Entwicklungsganges erkennen lassen.

Vergleichbares statistisches Material ist freilich nur in sehr beschränkten Verhältnissen vorhanden. Wir können nur die roten Zahlen des Gesamt-

gewerbes miteinander in Vergleich stellen. Insbesondere fehlen genaue Zahlen über das Verhältnis der Chromolithographen zu ihren Brüdern von der Schrift und der Gravur. Da letztere von dem Umwälzungsprozeß noch nicht mit der gleichen Intensität in Mitteldenshaft gezogen wurden als jene, darum wirken die Gesamtzahlen gewissermaßen abschwächend auf den wirklichen Stand der Entwicklung. Immerhin ist aber eine Vergleichsmöglichkeit vorhanden, zu wünschen wäre nur, wenn die Zentralkommission der Lithographen, entsprechend den Beschlüssen der letzten Lithographenkonferenz, recht baldigst Intimere statistische Untersuchungen anstellen würde.

Wir stellen nebeneinander zunächst die Gesamtzahlen der überhaupt beschäftigten Lithographen und Chemigraphen und zwar aus denjenigen vier Jahren, aus denen vergleichbares Material weiteren Kreisen zur Hand ist. Es sind statistische Aufnahmen des Hauptvorstandes, die zumeist in den Protokollen der Generalversammlungen niedergelegt sind. Den eigentlichen Entwicklungsgrad berechnen wir sodann aus dem Prozentverhältnis des Wachstums oder des Rückganges der beiden Sparten, das wir für die vergleichbaren Jahre besonders rubriziert haben.

Jahre der Statistik	beschäftigte Lithographen	Zu- (+) resp. Ab- (-)nahme	in Prozenten	beschäftigte Chemigraphen	Zu- (+) resp. Ab- (-)nahme	in Prozenten
1904	5615	—	—	1381	—	—
1908	5898	+ 283	+ 5,04	2403	+ 1022	+ 74,00
1910	5704	- 194	- 3,29	2463	+ 60	+ 2,49
1913	4857	- 847	- 14,85	3005	+ 542	+ 22,00

Diese wenigen starren Zahlen charakterisieren in vortrefflicher Weise den Gang der Entwicklung. In der Lithographie bis zum Jahre 1908 noch ein kurzer durchaus normaler Anstieg, dann aber ein umso schnellerer Abstieg, mit einem Rückgang um 847 Mann oder 14,85 Proz. innerhalb drei Jahren.

Das letzte Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts war eine Sturm- und Drangperiode der Lithographie. Die Ansichtskarte brachte mit ihrer Entstehung einen völlig neuen Produktionszweig dem graphischen Gewerbe. Dazumal war der Lithograph eine gesuchte Ware als heute. Der Kunstjünger brauchte noch nicht zu darben. Das waren die Zeiten des flotten Schusterlebens, wo dem Reise- drang, nicht immer zum Vorteile mietetordernder Wirtinnen und kreditbeflissener Kneipiers, keinerlei Schranken gesetzt war. Der Anzeiger aus Frankfurt brachte allwöchentlich Dutzende von Angeboten. Es waren jene Zeiten, als die Kunstjünger noch stolz erhobenen Hauptes auf die anderen Arbeiter herab- bildeten. Wie hat sich das geändert! Heute sind die Angebote von Stellen recht dünn gesät. Der Schusterstolz von ehemals brach in seiner ganzen Hohlheit jählings zusammen. Die Folgen der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung haben dem verbohresten Jünger Senefelders den Künstlerdünkel ausgetrieben und ihm die Erkenntnis eingebäut, daß sein Dasein ein ebenso proletarisches ist, wie das eines jeden anderen Arbeiters. Um die Wende des Jahrhunderts entwickelte sich die Chemigraphie mit Riesenschritten, ihre Konkurrenz wurde fühlbar. Dazu kam der Ab- lauf der Caprivischen Handelsverträge. Eine neue Hochschutzzollära begann und beeinflusste gerade den Export chromolithographischer Produkte nicht unbedeutend.

Immerhin ist aber die Zahl der beschäftigten Lithographen bis zum Jahre 1908 gestiegen. Das will umso mehr bedeuten, als gerade dieses Jahr die verheerenden Wirkungen einer Wirtschaftskrise mit sich brachte. Bis 1910 sodann eine geringe Abnahme, die sich jedoch bis zum Jahre 1913 in geradezu erschreckendem Maße steigerte. Dabel ist noch besonders zu beachten, daß wir uns zu dieser Zeit in einer Periode der Hochkonjunktur befanden, wo also der Stand der Wirtschaftslage immerhin einer größeren Anzahl Kollegen Beschäftigung gewähren konnte. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die einen viel schärferen Charakter zeigt, als die im Jahre 1908, wird auch die Beschäftigtenziffer des Lithographenberufes nicht unwesentlich beeinflussen. Ein starker Rückgang wird insbesondere im laufenden Jahre zu konstatieren sein.

Wie ganz anders demgegenüber das Chemigraphengewerbe. Dessen in Vergleich gezogene Wachstumsperiode charakterisiert so recht den Zustand des Sturmes und des Dranges. Jähnes Anwachsen, unterbrochen durch kurze Erschlaffung, ist das sicherste Kennzeichen vorhandener Lebenskraft, die zu schnellerer Betätigung strebt. Von 1904 bis 1908, also in einem Zeitraum von vier Jahren, ein Anwachsen von 1022 Beschäftigten, oder 74 Prozent. In der gleichen Zeit wuchsen die korrespondierenden Zahlen im Lithographiegewerbe in immerhin normaler Weise um 5,04 Prozent. Bis 1910 sodann Stagnation. Die Lithographie erlebte ihren ersten Rückgang, während die Chemigraphie auf jetzt noch einen, wenn auch geringen Fortschritt aufweist. Mit dem Einsetzen der neuen Hochkonjunktur aber nimmt letztere wieder einen phänomenalen Anlauf, sie wächst erneut um 22 Prozent, während die Lithographie einen Rückgang von nicht weniger als 14,85 Prozent zu verzeichnen hat. In jenen beiden Jahren

drückt sich unverkennbar der gegenwärtige Status der beiden Konkurrenzgewerbe zueinander aus. Die Chemigraphie reißt den gesamten Zuwachs an Aufträgen an sich und entzieht zudem der Lithographie einen nicht geringen Teil ihres bisherigen Betätigungsgebietes. Der Kreis der Beschäftigten im Chemigraphengewerbe wächst mit riesenhafter Schnelligkeit, während die Lithographen ihre Beschäftigungsmöglichkeit mehr und mehr schwinden sehen.

Schon rückt die Zahl der Chemigraphen nahe an die der Lithographen heran. Wie lange wird es dauern, dann werden sie einander die Wege halten. Erweitert sich der Expansionsgrad im Chemigraphengewerbe nur in der gleichen Stärke wie bisher, so wird schon in wenigen Jahren jener Zustand eintreten. Wie sich das Verhältnis der Lithographen zu den Chemigraphen in der angezogenen Vergleichsperiode veränderte, zeigt uns folgende Zusammenstellung:

Auf je 1 Chemigraphen kamen Lithographen	1904	1908	1910	1913
	4,07	2,45	2,32	1,61

In kaum einem Jahrzehnt also hat sich der Spannungszustand sehr wesentlich verändert. 1904 kamen auf einen Chemigraphen immer noch reichlich vier Lithographen, im Vorjahr aber nicht einmal mehr ganz zwei. Der Aufschwung der Chemigraphie erweist sich in diesen Zahlen ebenso unverkennbar, als der Verfall der Lithographie.

Damit sei nun keineswegs gesagt, daß die Sache der Lithographen völlig aussichtslos wäre. Der größte Fehler wäre vielmehr jener, wenn die Kollegen die Hände gänzlich in den Schoß legen, und sich fatalistisch ihrem Schicksal ergeben würden. Wenn schon übertriebenen Optimismus nicht am Platze ist, so muß doch erkannt werden, daß die Lithographie niemals das Schicksal der eingangs erwähnten Handweber teilen werde. Jene wurde vollständig verdrängt, weil gerade die mechanische Betriebsweise des Webstuhls eine bessere Qualität garantierte. Dahingegen kann eine gute handwerksmäßige Lithographie jederzeit die Konkurrenz eines chemigraphischen Gegenproduktes begegnen. Den Ausschlag dabel wird lediglich die Kostenfrage geben. Die Lithographie benötigt mehr Farben, als ihr photomechanischer Nebenbuhler. Aber auch die Lithographie bemächtigt sich ja immer mehr der photographischen Steinkopferverfahren und ist so imstande, ihrem Gegner mit den gleichen Waffen zu dienen. Vielleicht ist sie dadurch sogar in der Lage, verlorenes Gebiet wiederzuerringen. Jedenfalls ist sie nicht mehr völlig machtlos ihrem Gegner ausgeliefert. Dazu kommt, daß das Merkantilität auch heute noch nicht allzu stark beeinträchtigt wird. Inwieweit dieses den Angriffen der modernen Verfahren ausgesetzt sein wird, läßt sich naturgemäß heute noch keineswegs sagen. Verzagtheit war also bei alledem der größte Fehler, wenn auch mit einer Auferstehung der Lithographie niemals gerechnet werden dürfte.

Ist aber die Lithographie so starken Angriffen von Seiten der chemigraphischen Verfahren ausgesetzt, so haben auch die Chemigraphen die Verpflichtung, den Übertritt der bedrängten Kollegen noch nicht als bisher zu begünstigen. Schon befindet sich das Nachbar- und Konkurrenzgewerbe wieder im Stadium der Hochkonjunktur. Ob der neue Tarif dem Überläuferwesen günstig ist? Zweifellos, insofern, als er den berufswegenden Kollegen sofort einen verhältnismäßig günstigen Lohn bietet. Wirkt dieser aber andererseits nicht gerade dahin, den Zuzug fernzuhalten, ist er nicht eine Schutzmaßregel, die die Unternehmer abschrückt, oder abschrücken soll, Überläufer zur Einstellung zu bringen...? H. S.

Die Berufskrankheiten.

Daß die graphischen Gewerbe nicht zu den gesunden Berufen gehören, läßt sich jetzt wieder an einem Falle so recht drastisch beweisen, der sich in Saalfeld zugetragen hat. Der Vater, der Lehrer war, erreichte ein Alter von 94 Jahren, die Mutter lebt heute noch im Alter von 75 Jahren. Der Sohn aber, der als Lithograph lernte und später zum Kunstgewerbezeichner umschaltete, ist im Alter von 39 Jahren — nach 2 1/4 jährigem Krankelager — an der Schwindsucht gestorben. Immerhin hatte dieser Kollege noch mehr »Glück« als sein Lehrkollege, dessen beide Eltern auch heute noch leben. Dieser Kollege starb — nach 3/4 jährigem Kranksein — schon vor mehreren Jahren im Alter von nur 27 Jahren, ebenfalls an der Schwindsucht. Ja, ein dritter Kollege, der vor den beiden im gleichen Geschäfte lernte, ist gar schon im ersten Jahre nach der Lehre, also im Alter von 19 Jahren gestorben. Das sind einzelne Erinnerungen an eine große Lehrlingszuchterzeit, die in einem Geschäfte betrieben wurde. Daß gesunde Abstammung und gesunder Geburtsort nicht vor der Berufskrankheit im Lithographiegewerbe schützen, zeigen diese Fälle recht drastisch: Die Eltern ein sehr hohes Alter, während die Söhne nicht einmal das Durchschnittsalter erreicht haben. J. M.-D.

Die photomech. Fächer.

Die Schwarzätzer.

Von den 11 Sparten der Chemigraphie ist die der Schwarzätzer bekanntlich die größte. Sie umfaßt 766 Kollegen, das sind 27 Prozent aller in den tariffreien Firmen beschäftigten Gehilfen. Gegen 1908 ist eine Vermehrung der Schwarzätzer um 166 zu verzeichnen. Da zur Zeit der Aufnahme der Statistik etwa 30 Kollegen dieser Sparte arbeitslos waren, so würden es seit 1908 immerhin ca. 200 mehr geworden sein. Dieser Zuwachs ist lediglich auf ausgebildete Lehrlinge zurückzuführen, da in der Schwarzätzerlei pro Jahr ca. 50 junge Kollegen ihre Lehrzeit beenden. In den tariffreien Anstalten wenigstens sind mit ganz verschwindenden Ausnahmen in den letzten 5 Jahren keine Überläufer als Schwarzätzer ausgebildet worden. Und das mit Recht. Nächste der Photographie ist die Schwarzätzerlei die Sparte unseres Berufes, in der prozentual die Lehrlingskale am meisten ausgenutzt wird. Es werden allerdings 34 Schwarzätzerlehrlinge weniger ausgebildet als tariflich zulässig wären. Demgegenüber stehen jedoch 21 Lehrlinge, mit denen die Skala für Schwarzätzer überschritten wird. Allerdings mag hier mitsprechen, daß die Zahl der in den Firmen beschäftigten Schwarzätzer mit am wenigsten konstant ist, und sich infolgedessen die für die Lehrlingsstellung in Frage kommende Grundlage schwer feststellen läßt. Aber wenn man in Betracht zieht, daß die Statistik im Zeichen einer verhältnismäßig guten Konjunktur aufgenommen wurde, daß also ziemlich alle Plätze der Schwarzätzer besetzt waren, so ist die Zahl von 21 zuviel vorhandenen Lehrlingen in einer Sparte mit 210 Lehrlingen doch horrend. Es bedeutet, daß 10 Prozent aller Schwarzätzerlehrlinge trotz tariflich festgelegter Lehrlingskala zu Unrecht eingestellt wurden. Der starke Anreiz zur Einstellung von Lehrlingen in die Schwarzätzerung findet seine Erklärung darin, daß es einmal gerade in dieser Sparte möglich ist die jungen Leute in verhältnismäßig kurzer Zeit so weit zu bringen, daß sie Arbeiten geringerer Qualität fast selbständig anfertigen können. Zum andern aber gibt es in der Schwarzätzerlei sowie Handzeichnungen und Hilfeleistungen wenig angenehmer Art zu verrichten, daß selbst der jüngste Lehrling, mit dessen Arbeiten betraut, sein Kostgeld doppelt und dreifach verdient. In dieser Beziehung, der Abschaffung des Zustandes, daß die Lehrlinge als Hilfsarbeiter benutzt werden, ist allerdings in der 10jährigen Tarifperiode eine immense Arbeit geleistet worden. In einer Beziehung hapert es jedoch mitunter leider noch stark bei den jungen Kollegen: dem Respekt vor der Qualitätsarbeit. Das Bestreben der Abteilungsleiter ist ja berufsmäßig darauf gerichtet, alle verfügbaren Kräfte für die Steigerung des Arbeitsquantums der Abteilung auszunutzen. Da ihnen die Verwendung der Lehrlinge zu Hilfsarbeiten unterbunden ist, weisen sie ihnen einfache Arbeiten zu, dressieren sie gewissermaßen für leichtere Arbeiten. Der junge Atzer bekommt in diesen Sachen eine gewisse Sicherheit und fühlt sich nur zu leicht veranlaßt, in ein stilles »Wetbolzen« mit den Gehilfen einzutreten. Eventuell muß ihm sogar die Atzmaschine helfen; die Platten werden einfach runtergezätzt. Bekommt er dann diffizilere Arbeiten in die Hände, vielleicht erst nach beendeter Lehrzeit, so fehlt ihm der Blick für die Feinheiten des Originals, das Durcharbeiten der Platten dauert ihm zu lange, er ist gewöhnt mit 1, 2 Deckungen seine Arbeiten fertig zu machen und weiß schließlich gar nicht, wo er mit einer 3. und 4. Deckung hin soll. In dieser Hinsicht gilt es noch mehr wie bisher einem Verderben der Lehrlinge und jungen Gehilfen für Qualitätsarbeiten vorzubeugen. Die neue Bestimmung des Tarifes, daß Lehrlinge nur im letzten Jahre ihrer Lehrzeit selbständig an der Atzmaschine arbeiten dürfen, weist direkt darauf hin.

Im Allgemeinen ist auch an der Zahl der Schwarzätzer zu konstatieren, daß die Städte, in denen die Chemigraphie am ersten an Ausbreitung gewann, sich nicht weiter entwickelten. Die Vermehrung fällt in der Hauptsache Berlin (von 140 auf 175) Frankfurt a. M. Offenbach (von 9 auf 43) und dem industriellen Westen zu. Leipzig ist von 193 auf 194, München von 69 auf 72 und Stuttgart von 50 auf 59 Schwarzätzerkollegen gestiegen. Dagegen enthält die Statistik von 1913 eine ganze Reihe Städte, die 1908 noch nicht mit marschierten, darunter jedoch einige, die vor 5 Jahren nur noch keine tariffreie Anstalt aufwiesen. Z. B. Köln und Hannover mit 18 bzw. 12 Schwarzätzer.

Selbstredend findet sich die Sparte in den meisten Firmen und Orten. Nur 6 Firmen von 142 haben keine Schwarzätzer, und nur in einem Orte fehlen sie, in Barmen, das überhaupt nur 2 Positivretuscheure beherbergt. Weltweit die große Hälfte der Firmen, 85, beschäftigt 1 bis 5 Schwarzätzer; 15 Firmen je 1, 12 Firmen je 2, 22 je 3, 21 je 4 und 15 je 5 Kollegen. In 33 Anstalten ist die Sparte mit 6 bis 10, in 13 mit 11 bis 15 Kollegen vertreten, 2 Firmen beschäftigen je 16, 2 je 18 und 1 Firma in Kreis I 23 Kollegen in der Schwarzätzerung.

Von den 766 Schwarzätzern, unter denen sich übrigens 228 Strichätzer befinden, haben 613 den

Beruf erlernt, 153 sind Überläufer. Die Letzteren verteilen sich wieder auf 68 gelernte Lithographen, 13 Xylographen, 9 Steindruckern, je 5 Photographen und Zeichner, 4 Maler. Die Übrigen sind aus verschiedenen Berufen hervorgegangen; unter andern haben 14 Kollegen ursprünglich gar keinen Beruf erlernt und 16 machten darüber keine Angaben. Vor dem Bestehen der Tarifgemeinschaft traten 85 Kollegen über, in der 1. Tarifperiode 30 und in der 2. 11 Kollegen; 27 unbekannt.

Als Übertrittsort ragt Leipzig mit 36 Kollegen hervor; ihm folgen Berlin mit 28, München mit 22 und Stuttgart mit 13. Außerdem kommen noch 10 Orte mit 1 bis 4 Übertretenden in Frage, ferner das Ausland mit 4 und Unbekannt mit 24 Kollegen.

Unter den Jahren ist 1900 mit 14 Übertritten das gesegneteste. Das gilt auch bis 1907 für die Lehrlinge. Von den jetzt noch im Berufe tätigen Kollegen begannen bis 1893 96 ihre Lehrzeit, 1894 traten 13 in die Lehre, bis 1900 stiegen sie auf 49. Diese Zahl wurde erst 1908 mit 51 Lernenden überschritten. 16 Kollegen haben die Rubrik für den Antritt der Lehre unberücksichtigt gelassen. Erwähnt sei noch, daß bei der Bearbeitung der Überläuferstatistik mitunter gewisse Bedenken aufstiegen in der Richtung, daß sich manche Kollegen nicht gern ihrer früheren Tätigkeit in anderen Berufen erinnern. Das ist durchaus falsch, sie könnten eher stolz auf sie sein. Diese Bedenken sind aber darum berechtigt, als einzelne Kollegen überhaupt jegliche Angaben über ihre beruflichen Verhältnisse verweigern. gdt.

Photogr. Mitarbeiter.

Und wiederum die Sonntagsruhe!

Ein Vorgang der sich kürzlich bei der Festlegung einer einheitlichen Sonntagsruhe und einheitlichen Geschäftsschlusses in Augsburg abspielte, gibt uns Veranlassung, wieder die Sonntagsruhefrage zu behandeln. Im Interesse der Kollegschaft kann man einen einheitlichen Geschäftsschluß an den einzelnen Orten nur begrüßen. Denn wenn dieser einheitliche Geschäftsschluß durch Polizeiverordnung festgelegt ist, darf man wohl annehmen, daß unsere Kollegen wenigstens nicht über diese Zeit beschäftigt werden. Wir haben ja Überschreitungen der Sonntagsruhe zur Genüge erlebt. Immerhin ist es in den letzten Jahren etwas besser geworden.

Warum aber in Augsburg die Geschäftszeit länger sein soll, wie in München, ist uns wirklich unerklärlich. Und hierbei kommen wir auf den Kern der Dinge. Der Vorstand der *Zwangsinnung in Augsburg* hatte die gleiche Zeit wie sie in München eingeführt ist, im Sommer bis 2 Uhr, im Winter bis 3 Uhr, in Vorschlag gebracht. Dies wurde von der Innungsverammlung abgelehnt. Bei der Abstimmung hatten 9 Prinzipale für 9-3 Uhr, 16 für 9-4 Uhr und 1 für 8-4 Uhr gestimmt, infolgedessen wurde beschlossen eine Verordnung zu erwirken, die die Geschäftszeit auf 9-4 Uhr festsetzen soll. Außerdem sollte der weiße Sonntag, der Palmsonntag und der Ostermontag zur unbeschränkten Geschäftszeit frei gefordert werden. — Auch dies ist weitgehender wie die Verordnung in München. Nach unserem Ermessen liegen, abgesehen von der Verschiedenheit der Größe der Städte, die Verhältnisse ziemlich gleichartig. Warum nun die Augsburger Photographen eine längere Arbeitszeit bedürftig, ist leider in der Diskussion und in dem Protokoll der Innungsverammlung nicht gesagt. Wir haben aber dieses Beispiel nicht nur bei den beiden Städten München und Augsburg. In einer großen Anzahl gar nicht weit von einander liegender Städte mit ziemlich gleichartigen Verhältnissen ist der Geschäftsschluß in den Ateliers sehr verschieden. Man muß zu der Auffassung kommen, daß hier nicht der berechtigte Wunsch nach einer geregelten Sonntagsruhe den Zeitpunkt des Geschäftsschlusses diktiert, denn sonst hätte man möglichst einheitliche Verhältnisse herbeizuführen versucht. Wir wissen ja wenigstens aus den Äußerungen einer Anzahl Prinzipale, daß von diesen der einheitliche Geschäftsschluß beantragt und herbeigeführt wurde, um den Massengeschäften Abbruch zu tun. Uns können die Motive gleichgültig sein, daß aber die Kollegen, je nach dem Ort, ihre Sonntagsruhe ändern müssen und daß sie dann wieder einmal an einem anderen Orte überhaupt ganz nach Belieben des betreffenden Prinzipals Sonntags arbeiten sollen, das ist nicht nur ungerecht sondern unsinnig. Zum Beispiel muß ein Gehilfe der in München in der Fa. Siraus arbeitet bis 2 Uhr im Sommer und 3 Uhr im Winter tätig sein. Wenn er aber bei derselben Firma in Mannheim arbeitet hat er um 1 Uhr Schluß. Und warum? Nur weil die Herrn Prinzipale in München eine andere Meinung, wie die in Mannheim hatten. Es wird Aufgabe der Kollegen sein, diese verschiedenen Verhältnisse festzustellen, um mit dem dann vorliegenden Material dagegen ankämpfen zu können. Im Handelsgewerbe drängt man zur Erweiterung der Sonntagsruhe, auch wir dürfen hierbei nicht zurückstehen, auch bei uns muß die Erkenntnis des sozialen Wertes der Sonntagsruhe gefördert werden. w. h.

Die Tapetenbranche.

Ein alter Bekannter.

Es ist gerade kein erhebendes Gefühl, wenn man sich mit Leuten, mit denen man noch vor gar nicht allzu langer Zeit Schulter an Schulter für eine bessere Existenzmöglichkeit der Kollegen gekämpft hat, in einer Art und Weise beschäftigt muß, die geeignet ist, die Aufrichtigkeit ihres früheren Handelns überhaupt in Frage zu stellen. Im vorliegenden Falle handelt es sich um die Firma H. Fochem, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Cöln a. Rh. über die von den Kollegen sehr bittere Klagen geführt werden. Die Verhältnisse haben sich so zugespitzt, daß die Behandlung der Frage nicht mehr gut zu umgehen ist, und die gesamte Kollegschaft auf das organisationsfeindliche Treiben der Firma H. Fochem aufmerksam gemacht werden muß. Die bei der Firma beschäftigten Stedher gehören zum größten Teil unserem Verbands an, nur ein kleiner Teil 4-5 Stedher stehen der Organisation fern. Mit Argusaugen wacht nun Fochem darüber, daß sich ja keiner untersteht und an diese Leute, die auch in einem getrennten Raume für sich arbeiten, heran tritt, um sie für den Verband zu gewinnen. Wenn dies während der Arbeitszeit geschehen würde, ließen sich für das Verhalten des Herrn Fochem noch schließlich Entschuldigungsgründe anführen. Aber er geht noch weiter; bei Strafe der Entlassung duldet er es auch nicht, daß außerhalb des Geschäftes auf dem Nachhausewege etc. an die Leute herangetreten wird um sie von der Nowendigkeit der Organisation zu überzeugen. Und daß es nicht nur bei der Drohung bleibt, hat einer unserer Vertrauensmänner schon erfahren müssen. Wenn wir nun das jetzige Verhalten des Herrn Fochem seinem früheren Verhalten als Kollege gegenüberstellen, dann muß man sich unwillkürlich fragen: »wie ist eine derartige Wendung möglich?« Wer erinnert sich nicht noch der Zeit als F. noch selber als Stedher bei der Firma Rauschen arbeitete und diese einen unorganisierten Stedher einstellte, wie er da die dort beschäftigten Kollegen zum Streik aufforderte und hierzu auch die Vollmacht von dem damaligen Zentral-Vorstande verlangte und als dieser den Antrag ablehnen mußte, war es gerade Fochem der damals dem Vorstände Verrat von Arbeiterinteressen an den Kopf schleuderte. Ja, Herr Fochem erinnern Sie sich dieser Vorgänge noch? Doch es kommt noch besser! Als einer von den unorganisierten Kollegen sich in den Verband aufnehmen ließ, war die Folge die, daß F. diesem den Lohn von 58 auf 45 Pfg. reduzierte, trotzdem der Mann bereits drei Monate im Geschäft tätig war, man also nicht annehmen kann, daß F. die Arbeiten des Betreffenden nicht genügend kannte. Aber hier war wohl das Bestreben maßgebend, ein für allemal ein Exempel zu statuieren um den übrigen Kollegen die Lust zu nehmen evtl. auch in den Verband einzutreten. Wenn wir uns ferner die Tatsache vor Augen führen, daß dieses organisationsfeindliche Verhalten von einer Firma uns gegenüber gehandhabt wird, die doch selber Mitglied des Formatstecherbesitzer-Verbandes ist und als solche in einem Vertragsverhältnis zu unserer Organisation steht, so fordert ein solches Benehmen den schärfsten Protest heraus. Auch sonst wird über die Höhe der dort gezahlten Löhne sowie über das Antriebesystem lebhafteste Klage geführt über einstimmend wird uns berichtet, daß vielfach die Kollegen, die dort in Stellung treten, mit einem niedrigeren Lohne verließ nehmen müssen als wie sie in ihren früheren Stellungen inne hatten. Wenn wir uns nun noch kurz die Frage vorlegen wollen wie es überhaupt noch möglich ist, daß solche Zustände bestehen können, so haben wir ihre Ursachen vor allen Dingen in den überaus traurigen kollegialen Verhältnissen der Formstecher der Stadt Köln zu suchen. Die Kölner Kollegen haben es bis heute leider noch nicht eingesehen, daß bei ihrer Untätigkeit und Gleichgültigkeit stets die Unternehmer sich als lachende Dritte fühlen können. Wann werden einmal die Kölner Kollegen zur Einsicht kommen, und ihre Handlungsweise ihrem eigenen Interesse entsprechend danach einrichten? C. S.

In unseren Staatsgrundsätzen muß das Recht an die Stelle der Pflicht, das Wohlfinden an die der Tugend und die Nothwehr an die der Strafe treten. Jeder muß sich geltend machen und seine Natur durchsetzen können. Er mag vernünftig oder unvernünftig, gebildet oder ungebildet, gut oder böse sein, das geht den Staat nichts an. Wir alle sind Narren, und keiner hat das Recht, einem andern seine eigentümliche Narrheit aufzudringen. — Jeder muß in seiner Art genießen können, jedoch so, daß keiner auf Kosten eines andern genießen oder ihn in seinem eigentümlichen Genuß stören darf. — Die Individualität der Mehrzahl muß sich in der Physiognomie des Staates offenbaren. Georg Büchner.

Das Herz kommt jeden Morgen warm und mürbe aus dem Backofen des Bettes, und abends ist es kalt, hart und trocken wie eine alte Semmel. Der Morgen, dieser Frühling des Tages, schmilzt die Boshelt des vorigen Abends hinweg. Ach, wenn der Schlaf nicht wäre, besser ein Krebs sein, als ein Mensch unter Menschen leben. Ludwig Börne.



Feuilleton.

Ablieferung.

Er prüft mit harten Augen,
Was sie ihm zitternd bot:
»Das Zeug will mir nicht taugen!
Es reicht auch nicht zur Not.

Wie lässig sind die Maschen,
Kein Stück ist fehlerlos
Heut wädhst für eure Taschen
Bel mir kein Silbermoos! —

Sie wollte betteln, bitten.
Sie würgt und würgt . . . Kein Wort
Ist ihrem Mund entglitten:
Die Kehle ist verdorrt.

Sie wollte ihm erzählen:
»Ich hab nicht Holz noch Licht — —
Von ihres Hustens Quälen,
Von ihrer Füße Gicht,

Von Ihrer Augen Schwäche,
Von Hunger und von Leid —
Und wie der Himmel räche
Härte und Grausamkeit.

Leo Heller.

Über eine neue Anwendung der Röntgenstrahlen.

Dr. Alexander Fuhs berichtet in der Umschau. Er hat Olgemälde mit Röntgenstrahlen photographiert und ist dabei zu ganz eigenartigen Resultaten gelangt. Bei einer Durchleuchtung eines Olgemäldes mit Röntgenstrahlen kommt natürlich nicht der für das Auge sichtbare Farb- oder Helligkeitswert der Farben in Betracht, sondern einzig und allein ihre Durchlässigkeit für die X-Strahlen. Maßgebend für diese ist das Atomgewicht der in den Farben enthaltenen Metalle (vom schweren Blei zum Quecksilber über Zink und Eisen bis zum leichten Aluminium). Dabei zeigt es sich, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, gerade die hellen Farben, da sie die schwersten Metalle enthalten, für Röntgenstrahlen am wenigsten, die dunkeln aber am leichtesten durchdringbar sind. Auf einem Röntgennegativ erscheinen am hellsten Weiß, Gelb und Rot, letzteres mit Ausnahme des pflanzlichen Indigo gelb und des Krapplack; als Mittelfarben wirken Grün und Braun und am dunkelsten Blau, Schwarz und die Lacke. Das Röntgennegativ wirkt deshalb ohne weiteres als Positiv, wenn auch natürlich die Abstufungen sich nicht genau in den gleichen Helligkeitswerten vollziehen wie bei einem Positiv nach einer gewöhnlichen Photographie.

Beeinträchtigt kann der Effekt eines Bildes werden, wenn der Maler die Farben verschieden dick aufgetragen hat. Eine dunkle (leichtere) Farbe, so und so oft übermalt, kann schließlich den Helligkeitswert einer hellen (schweren) Farbe bekommen. Nun herrscht freilich im allgemeinen der Malergebrauch, die dunklen Farben dünner als die hellen aufzutragen, ja die Lichter besonders dick aufzusetzen, wodurch also gerade die Kontrastwirkung des Bildes noch verstärkt wird. Im Falle aber von Korrekturen kann es vorkommen, daß unter einer dunklen oder mittleren Farbe mehrere, womöglich hellere Farbschichten liegen. Dann muß die Röntgenphotographie, die ja nicht die Aufsicht, sondern gewissermaßen den Querschnitt des Bildes wiedergibt, die Summe der Helligkeitswerte sämtlicher übereinander liegender Farben zeigen, d. h. die betreffende Stelle wird auf dem Bilde hell, womöglich ganz weiß erscheinen, während sie auf dem Original vielleicht schwarz ist.

Diese Tatsache gibt uns nun die Möglichkeit an die Hand, auf der Röntgenphotographie Korrekturen des Bildes zu erkennen, die das Original verbirgt. Und darin liegt der Wert der Methode. Sie führt uns gewissermaßen in die Werkstatt des Künstlers, läßt uns — etwa wie auf einer aufbewahrten Skizze — seine ursprünglichen Absichten erkennen, die er zugunsten einer späteren Auffassung verlassen hat. Auf einem von dem Verfasser wiedergegebenen Bilde einer sterbenden Lukrezia, einem italienischen Werke aus dem 19. Jahrhundert sehen wir zum Beispiel, wie der über den Tisch herabhängende Unterarm, ebenso wie die Finger der Hand erst eine ganz andere Lage gehabt haben, als sie das durch eine richtige Photographie veranschaulichte fertige Bild zeigt. Wir erkennen ferner im Gesicht deutlich beschädigte Stellen, die das Gemälde vor seiner Restaurierung vor 20 Jahren aufwies. Bei einem anderen Bilde erkennt man

auf der Röntgenphotographie die Anfangsbuchstaben des Malers, die dann auf dem fertigen Gemälde übermalt sind.

Diese Möglichkeit, den Werdegang eines Bildes bis zu einem gewissen Grade zu verfolgen, hat aber nicht nur kunsthistorisches, sondern auch praktisches Interesse. Sie bietet zunächst ein absolut sicheres Hilfsmittel zur Identifizierung eines Gemäldes, wenn erst einmal von ihm eine Röntgenphotographie besteht. Aber auch bei zwei bereits vorhandenen Gemälden, bei denen das Original zweifelhaft ist, hat man in der Röntgenmethode ein Mittel, diese Frage zu lösen. Es ist klar, daß eine Kopie nach einem Werke keine wesentlichen Korrekturen aufweisen wird. Dasjenige von den beiden Gemälden, das in der Röntgenphotographie erhebliche Korrekturen erkennen läßt, kann man also mit ziemlicher Sicherheit als das Original bezeichnen. Der bereits Jahrhunderte alte Streit über die Sixtinische Madonna, der neuerdings aufgetauchte über die Mona Lisa wäre also möglicherweise auf diese Art zu entscheiden. S. S. C.

Reklamemarken für Mißstände und Angestellten-Elend. Eine neue Form von Protest haben die Angestellten des Postamtes Renaix in Belgien erfunden. Das dortige Postamt schielte für die Angestellten und das Publikum nicht gerade angenehm zu sein. Um eine Verbesserung herbeizuführen und gegen die Mißstände zu protestieren, haben die Angestellten kleine Vignetten in der Form der Reklamemarken herstellen lassen, die sie mit folgendem Text auf die Rückseite der Briefe aufkleben: Renaix (22000 Einwohner) fordert ein neues Postbureau. Umsatz 7000000. Angestellte 21. Flächenraum 52 Quadratmeter. Miete 699 Frank. Wartenraum für Publikum 8 Quadratmeter. Postamt 2 Ranges. Sanitäre Zustände erbärmlich. Fortwährende Zugluft. In der Tat: warum nur Reklamemarken für Weltausstellung, Wohltätigkeit und dergleichen, und nicht auch für Mißstände und Arbeitelend?

Ein vernünftiges Wort. Vor dem Bayernkönig Ludwig III. erschien vor einiger Zeit eine Abordnung adeliger Damen, um den König zu bitten, das Protektorat über Asyle für kranke Tiere zu übernehmen, die im ganzen Reich gegründet werden sollen. Der König hörte die Damen an, erkundigte sich, wieviel Geld für diesen Zweck bereits gesammelt sei und antwortete, nach der »Täglichen Rundschau«, dann: »Kranke Tiere, meine hochverehrten Damen, tötet man, kranken Menschen aber hilft man. Verwenden Sie Ihr Geld lieber für die armen und erwerbsunfähigen Menschen, denen Sie nützen, den kranken Katzen, Hunden und Pferden aber nicht. Folgen Sie, meine Damen, und Sie werden ein wohltätiges Werk tun. Ich bitte Sie, meine Worte zu beherzigen.« Mit diesem Geleitspruch waren die Damen entlassen. So vernünftige Königsworte hört man selten.

Vom Büchertisch.

Die Malfestzeitung 1914, die wie alljährlich im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheint, ist in Wort und Bild aus begeisterter Hingabe an den Gedanken der proletarischen Weltfeier entsprungen.

Den Bildschmuck schuf diesmal Ilse Schütze-Schur. Markige proletarische Kraft trägt die mächtige Malturmfarbe den festlich schreitenden Scharen der Arbeit voran. Und dann: In der Waldlichtung, umgeben von spritzenden Maibaumen, sammeln die Massen sich um den Redner, der die Malenbotschaft des sozialistischen Proletariats aller Länder, von Siegesgedanken entflammte, verkündet.

Von jungen Birkenranken umschmückt, werden die Gedanken der Malfeyer in Aufsätzen, Gedichten, Sprüchen vorgetragen. Ludwig Frank formt in einer Rückschau auf die politische Bewegung der letzten Zeit die Malparole der kommenden Kämpfe. Carl Legien entwickelt den Wert der Malfeyer als einer Weckerin des Organisationsgedankens, der die Arbeiterklasse von Sieg zu Sieg wachsen läßt.

Hermann Wendel schreitet ein halbes Jahrhundert sozialdemokratischer Bewegung ab: vor fünfzig Jahren, im Mai 1864, hielt Lassalle die letzte Heerschau der von ihm entfachten Bewegung ab, und im September 1864 wurde die Internationale in London gegründet; fünfundzwanzig Jahre später, 1889, wurde in Paris der Beschluß gefaßt, hinfort in allen Ländern die Malfeyer zu begehen, und nun begehen wir dieses Weltfest zum fünfundzwanzigsten Male.

Fritz Faab wirft ein zündendes Wort in die Massen der Landarbeiter, das sie zum Sozialismus erwecken soll, und Anna Gradnauer schließt die

Festschrift mit Malworten, die den Müttern um der Kinder willen den Weg der Befreiung weisen.

Wichtige Gedichte von Carl Petersen und Rudyard Kipling (dieses von Franz Diederich aus dem Englischen übersetzt) und eine Reihe Sprüche für Maledemonstrationstafeln von Max Barthel, Julius Zerbaf, Ernst Preczang, Carl Bröger, Ludwig Lessen durchtönen die Festschrift.

Wir hoffen, daß auch dieses Malfeyerblatt in allen Herzen der Arbeiter und ihren Angehörigen freudig willkommen geheßen wird.

Die Malfestzeitung ist zum Preise von 10 Pf. bei allen Kolporturen erhältlich.

Von der »Neuen Zeit« ist soeben das 3. Heft vom 2. Band des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Kaiser und Katholizismus. — Die Volksausgabe des »Kapitäl«. Eine Selbatanzüge von Karl Kautsky. — Die Krise in England. Von Th. Rothstein (London). — Die Gewerkschaftsbewegung der letzten zwei Jahre in Rußland. Von W. Scher. — Notizen: Fremdes Kapital in Mexiko. Von G. E. — Anzeigen: Eduard Bernstein, Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie. C. Legien, Aus Amerikas Arbeiterbewegung.

Feuilleton: Paul Heyse. Von Franz Diederich. — Literarische Rundschau: Kapitän Scott, Letzte Fahrt. Von Gg. Engelbert Graf.

Ergänzungsheft zur Neuen Zeit Nr. 18: Die Bakunistische Internationale nach dem Haager Kongreß. 1872 bis 1881. Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation von Georg Stiecklow.

Die neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Bleichsüchtige Pflanzen. In unserem Garten sind einige Holundersträucher angepflanzt mit Blättern die nur teilweise grün aussehen und mit Flecken der verschiedensten Form gelblichweiß gezeichnet sind. Kaum ein Blatt ist nicht gefleckt oder gestreift. Man nennt solche Blätter panachiert. Die Panachierung kommt bei Kräutern, Stauden und Holzpflanzen vor; besonders häufig zeigt sie sich außer beim Holunder beim Ahorn, bei der Rofkastanie, beim Efeu und bei einem Nachtschatten (Solanum dulcamara). Die Flecken sind mehr oder weniger groß, oft wird das ganze Blatt weißgelb. Wozu und aus welchen Gründen die Verfärbung auftritt, ist noch nicht aufgeklärt. Es müssen jedenfalls tiefgreifende Einflüsse sein, die sie erzeugen, denn es ist nicht eine vorübergehende Erscheinung. Sie bleibt nicht allein auf der Pflanze bestehen, auf der sie sich einmal gezeigt hat, sie ist auch vererblich, sowohl auf vegetativem Wege durch Stecklinge und durch Pfropfung, wie auch durch Samenvermehrung. Vielleicht ist es eine ansteckende, vererbliche Krankheit. Das etwas kümmerliche Aussehen der ganzen Pflanze spricht dafür; auch sind die Blätter sehr dünn: Die weißgelben Flecke auf den panachierten Blättern enthalten keine Chlorophyllkörner, dafür fast immer weiße Körperchen, Leukoplasten, die aber die oben genannte chemische Umsetzung von unorganischen Stoffen in organische Stärke nicht auszuführen vermögen. Es tritt also gegenüber dem normalen Blatt im panachierten, durch die stellenweise Bleichsücht, ein Mangel an Stärke, also an Nahrungsstoff in der Pflanze auf, den man wohl mit der Blutarmut des Menschen vergleichen kann.

Über diese interessanten Bildungsabweichungen an Pflanzen berichtet Oberlehrer Dr. Pötzsch in einer längeren, reich illustrierten Abhandlung unter dem Titel »Bleichsücht und Formextravaganz des Laubblattes« im Aprilheft des Kosmos-Handweisers (jährlich 12 Hefte und 5 Buchbeigaben für nur 4,80 Mk.). — Aus der Fülle der weiteren wertvollen Artikel dieses Heftes nennen wir noch einen Bericht des Engländers W. Finley über einen viermonatlichen Aufenthalt bei den Kondoren Kalforniens, während dessen er die seltene Gelegenheit hatte, die Lebensgewohnheiten dieser fast ausgestorbenen Riesenvögel zu beobachten. In das Reich der Physik führt uns ein wertvoller Aufsatz von Professor Dr. J. Koenigsberger über Kanalstrahlen, während P. Langbein in einem reich illustrierten Aufsatz über »Sichelbare Größen am Sternhimmel« interessante astronomische Beobachtungen anstellt. Über ein neues dermoelastisches Verfahren zum Präparieren kleinerer und mittlerer Säugtiere berichtet der Universitätspräparator C. Oberdorfer. Schon diese Auswahl zeigt wieder, welche vielseitige belehrende und unterhaltende Lektüre der Kosmos seinen Lesern bietet.

Stellengesuche
Ein tüchtiger
Aufzeichner
wird durch den Arbeitsnachweis gesucht.
C. Schubart, Berlin-Lichtenberg,
Rittergutstr. 24.

Retuscheur
I. Kraft, für Maschinenretusche.
Otto Flebbe, G. m. b. H.,
Hannover. [150]
„Cosmos“ feucht Lucia
H. M. Köhler, Leipzig-Schönefeld.

Verschiedenes
Fachliteratur.
Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schkeuditz.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren,
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekt gratis. Kunstgewerbeschule
Barmen